

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

über die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 24. bis 28. Mai 2003 in Prag, Tschechische Republik

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 24. bis 28. Mai 2003 in Prag statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation

Abgeordneter Uwe Karl Beckmeyer (SPD),

Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),

Abgeordnete Monika Heubaum (SPD),

Abgeordneter Dr. Werner Hoyer (FDP),

Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD),

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU),

Abgeordneter Erwin Marschewski (CDU/CSU),

Abgeordnete Ursula Mogg (SPD),

Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU),

Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU),

Abgeordneter Helmut Rauber (CDU/CSU),

Abgeordneter Kurt J. Rossmann (CDU/CSU),

Abgeordneter Andreas Weigel (SPD).

Bundesrat:

Minister Steffen Reiche (SPD), Brandenburg,

Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Stellvertretender Delegationsleiter,

Minister Uwe Schünemann (CDU), Niedersachsen,

Minister Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), Sachsen-Anhalt.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 25. und 26. Mai 2003 statt.

Am 26. Mai 2003 fand eine außerordentliche Plenarsitzung anlässlich der Rede von **Lord Robertson of Port Ellen**, NATO-Generalsekretär und Vorsitzender des Nordatlantikrates, statt, die von einer Fragestunde gefolgt wurde.

Das Plenum tagte am 28. Mai 2003. Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Doug Bereuter** (Vereinigte Staaten), eröffnet. Es folgte eine Ansprache des Premierministers der Tschechischen Republik, **Vladimir Spidla**.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, dem 25. Mai 2003, von 09.15 bis 18.00 Uhr, unter dem Vorsitz von Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten).

I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am 25. Mai 2003 unter dem Vorsitz von Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten). Auf der Tagesordnung standen der Generalbericht über die Irakkrise und ihre Auswirkungen auf das Bündnis, der Sonderbericht über Fortschritte bei der Terrorismusbekämpfung, der Bericht des Unterausschusses Transatlantische Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit über die Reform der NATO-Führungsstrukturen und die NATO-Reaktionskräfte sowie der Bericht des Unterausschusses Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten über Fortschritte der zum NATO-Beitritt eingeladenen Staaten bei den militärischen Reformen. Ferner sprachen vor dem Ausschuss als Gastredner der Verteidigungsminister der Tschechischen Republik, **Miroslav Kostelka**, sowie **Sir Timothy Garden**, Gastprofessor am Zentrum für Verteidigungsstudien, King's College, in London.

II. Ansprache des Verteidigungsministers der Tschechischen Republik, Jaroslav Tvrdik

In seiner Rede erinnerte Minister **Tvrdik** daran, dass Generalsekretär Lord Robertson vor kurzem die Massenvernichtungswaffen als die ernsthafteste Bedrohung für die NATO-Staaten bezeichnete. Es sei für die NATO-Verbündeten wichtig, dass sich gerade Tschechien auf die Abwehr dieser

Kampfmittel spezialisiere. Die USA und die NATO hätten die Tschechische Republik gebeten, den Aufbau der 1. multinationalen ABC-Waffen-Abwehreinheit zu übernehmen. Mit dieser Einladung der NATO werde sich das tschechische Kabinett im Juni 2003 befassen. Diese Einheit werde Bestandteil der so genannten schnellen Eingreiftruppe sein. Sie werde in der Lage sein, überall auf der Welt binnen fünf Tagen, nachdem deren Entsendung beantragt wurde, aktiv zu werden. Ab 1. Juli des nächsten Jahres solle die Einheit einsatzbereit sein. Die Einheit könnte auch im Falle von Naturkatastrophen eingesetzt werden. Der Minister erklärte, diese Aufforderung der Bündnispartner sei das erste sichtbare Ergebnis der tschechischen Armeereform. Über die Beweggründe für den Aufbau der Spezialeinheit sagte der Verteidigungsminister, der Terrorismus und die Massenvernichtungswaffen riefen Befürchtungen hervor. Die Vorstellung, dass die Terroranschläge, die in den letzten Monaten verübt wurden, auch unter Einsatz von ABC-Waffen hätten verübt werden können, sei erschreckend. Die NATO müsse in der Lage sein, auf die Folgen eines eventuellen Anschlags zu reagieren. Daher sollen entsprechende Streitkräfte, die die Zivilbevölkerung oder auch Militärtruppen im Falle eines Anschlags schützen können, so schnell wie möglich gebildet werden. Die Tschechische Republik werde an der Spitze einer Arbeitsgruppe stehen, die jene spezialisierte Einheit zusammenstellen wird. Im Januar 2004 solle mit Übungen begonnen werden.

In der anschließenden Fragestunde stellte Abg. **Morillon** (Europäisches Parlament) fest, dass eine gemeinsame Verteidigung Europas nur über eine gemeinsame Verteidigungspolitik in der Europäischen Union erreicht werden könne. Dies beinhalte auch eine Aufteilung der Verteidigungslasten. Abg. **van Eekelen** (Niederlande) erkundigte sich, welchen Anteil der Haushaltsmittel die Tschechische Republik für Nischenfähigkeiten bei den Streitkräften zur Verfügung stelle und ob der Nachdruck, der auf Spezialisierung liege, sich nachteilig auf die Verteidigungsanstrengungen des Landes auswirken würde. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) sprach die Frage des Planziels der Europäischen Union sowie die kürzlich vorgeschlagenen NATO-Reaktionskräfte an. Könne die Tschechische Republik ihre Streitkräfte auf beide Bereiche verteilen? Bei der Beantwortung dieser Frage erklärte der Verteidigungsminister, dass die Tschechische Republik nicht zwei Arten von Streitkräften unterhalten könne und jegliche Duplizierung ablehne. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) erkundigte sich, ob die Spezialisierungsanstrengungen der Tschechischen Republik und der eventuelle Übergang von der Wehrpflicht zu einer Berufsarmee die traditionellen Fähigkeiten des Landes in Bezug auf die territoriale Verteidigung beeinträchtigen könnten. In seiner Antwort verwies der Minister darauf, die Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf sechs Monate sei nicht vorteilhaft, zumal dies ein neues Gesetz durch die Regierung erforderlich mache, welches vom Parlament bestätigt werden müsste. Er unterstrich, dass es Priorität der Tschechischen Regierung sei, einen spezialisierten Beitritt zum Bündnis zu leisten und man erwarte, dass die Allianz Tschechien im Ernstfall auch spezialisierte Einheiten zum Schutz des Landes zur Verfügung stellen könne. Dem stimmte Abg. **Shimkus** (Vereinigte Staaten) zu, indem er feststellte, dass Artikel 5 des Washingtoner Vertrags für alle gelte und dass im Falle einer territorialen Verteidigung alle Bündnismitglieder, einschließlich der Vereinigten Staaten, der Tschechischen Republik zur Seite stehen würden.

III. Entwurf eines Generalberichts „Die Irakkrise und ihre Auswirkungen auf das Bündnis“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Pierre Lellouche (Frankreich)

Abg. **Lellouche** (Frankreich) stellte seinen Generalbericht vor. In der anschließenden Debatte wurde u. a. die Frage erörtert, wer im Bündnis für den Wiederaufbau im Irak zuständig sei. Gefordert wurde ein multinationaler Plan, in den – ähnlich wie für Afghanistan – mehrere Länder eingebunden seien. Als Fazit wurde festgehalten, dass der Wiederaufbau, u. a. wegen der Auswirkungen auf die arabische Welt, erfolgreich sein müsse. Voraussetzung hierfür sei ein einheitlicher Ansatz aller Beteiligten. Darum sei es für den Erhalt der NATO erforderlich, zum Konsens zurückzufinden. Angesprochen wurde auch eine Änderung der VN-Charta, insbesondere des Artikels 7, in Bezug auf den Begriff der Aggression. Der sollte dahin gehend geändert werden, dass er auch den Fall einer Diktatur mit terroristischem Hintergrund sowie eine Verletzung der Menschenrechte in einer den Weltfrieden gefährdenden Größenordnung umfasse. Der Präsident der NATO PV, Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten), würdigte den ausgezeichneten Bericht und die ausgewogene Darstellung. Abg. **Stanley** (Großbritannien) betonte, der eigentliche Grund für den Irakkrieg sei die drohende Gefahr durch Massenvernichtungswaffen gewesen. Bislang lägen jedoch überraschenderweise keine Beweise dafür vor. Dies habe zu wachsenden Zweifeln hinsichtlich der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und Arbeit dieser Dienste geführt. Zur zukünftigen Rolle der NATO im Irak stellte er fest, die Erfahrungen in Afghanistan zeigten, dass die Verwirklichung des Friedens im Irak die größere Herausforderung sei und eine Internationalisierung der Sicherheitsanstrengungen erfordere. Abg. **Estrella** (Spanien) unterstrich die Befürchtung, dass sich der Irak als ein „neues Algerien“ erweisen könne, weil sich die Öffentlichkeit in einigen arabischen Staaten mehr und mehr radikalen und Hass predigenden Extremisten zuwende. Abg. **Brok** (Europäisches Parlament) hielt fest, dass es den USA aufgrund der hochmodernen militärischen Technologie gelungen sei, die Zahl der Opfer in diesem Krieg gering zu halten. Er betonte, dass ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten die Zerstörung des Regimes von Saddam Hussein nur begrüßt werden könne. Er forderte die europäischen Staaten auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die technologische Kluft zu den Vereinigten Staaten zu verringern. Abg. **Boucheron** (Frankreich) gab zu bedenken, dass der Westen sein kulturelles Modell nicht der gesamten Welt aufdrücken dürfe. Abg. **Erdem** (Türkei) erinnerte daran, dass sowohl die USA als auch die Türkei im Verlauf des Irakkrieges Fehler begangen hätten. Die Türkei habe jedoch durch die Öffnung ihres Luftraums für die Flugzeuge der Koalition ihre Unterstützung unter Beweis gestellt. Abg. **Lellouche** (Frankreich) vertrat die Auffassung, dass Demokratie in moslemischen Staaten grundsätzlich möglich sei. Dies erfordere jedoch einen langen Zeitraum und setze ständige Anstrengungen aller Beteiligten voraus. Mit der amerikanischen Präsenz im Irak werde auch Israel unter Druck gesetzt und damit die Umsetzung der „road map“ beschleunigt. Auch Abg. **Boucheron** (Frankreich) plädierte für eine Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten, um in gleicher Augenhöhe mit den USA argumentieren zu können. Abschließend appellierte der Berichterstatter an die Europäer, wieder wirkliche Akteure in der NATO zu werden.

IV. Entwurf eines Sonderberichts „Fortschritte im Krieg gegen den Terrorismus“, vorgelegt von den Mitberichterstatlern Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten) und Alejandro Muñoz-Alonso (Spanien)

Abg. **Shimkus** (Vereinigte Staaten) und Abg. **Muñoz-Alonso** (Spanien) legten ihren Bericht vor. In der anschließenden Diskussion stellten Ausschussmitglieder fest, dass der Erfolg beim Kampf gegen den Terrorismus entscheidend von der Zusammenarbeit der Verbündeten untereinander abhängt, so Abg. **Ribeiro** (Portugal). Abg. **Bachand** (Kanada) forderte die Vereinigten Staaten auf, wieder verstärkt mit den Vereinten Nationen und innerhalb der NATO zusammenzuarbeiten. Er forderte jedoch auch die NATO auf, Reformen zielstrebig zu verfolgen und angesichts der Ereignisse vom 11. September 2001 den berechtigten Anspruch der USA auf Selbstverteidigung anzuerkennen. Abg. **van Eekelen** (Niederlande) forderte eine gemeinsame Vision für die Zukunft des Nahen Ostens. Abg. **Ozerov** (Russische Föderation) unterstrich, militärische Mittel dürften nur im Rahmen des Völkerrechtes eingesetzt werden, und nur dann, wenn alle anderen Mittel erschöpft seien. Er stimmte zu, dass die neue Sicherheitslage nach den Ereignissen vom 11. September 2001 eine internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus erforderte. Abg. **Erdem** (Türkei) stellte die im Bericht erwähnte Verbindung zwischen Terrorismus und Islam infrage und wandte sich insbesondere gegen die Benutzung des Begriffes „islamischer Terror“. Er kritisierte, dass in dem Bericht die kurdischen Terrororganisationen nicht erwähnt worden seien.

V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit „Reform der NATO-Führungsstrukturen und die NATO-Reaktionskräfte“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)

Abg. **Calha** (Portugal) fasste seinen Bericht zusammen. In der anschließenden Debatte befassten sich die Ausschussmitglieder mit den Beziehungen zwischen den NATO-Reaktionskräften und den europäischen Krisenreaktionskräften. Befürchtungen hinsichtlich einer Konkurrenz wurden dabei laut, aber auch hinsichtlich von Konstellationen, bei denen beide Kräfte miteinander in Konflikt geraten könnten. Einigung bestand darüber, dass die EU Zugang zu NATO-Mitteln haben, und dass es einen Austausch geheimdienstlicher Informationen geben müsse.

Abg. **Lalumière** (Europäisches Parlament) äußerte die Hoffnung, dass die sich abzeichnende ESVP in der Europäischen Union die Verteidigungspolitik der NATO ergänzen werde. Auch müsse die Frage gestellt werden, warum die USA Europa und die NATO zu den äußerst wichtigen Entscheidungen in der Irakfrage nicht konsultiert und sich stattdessen für ein unilaterales Vorgehen entschieden hätten. In Bezug auf die Kluft bei den militärischen Fähigkeiten stellte Abg. **Ribeiro** (Portugal) fest, dass eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit dazu beitrage, diese Kluft zu schließen. Festzustellen sei eine doppelte Kluft, nämlich die zwischen den USA und Europa und die innerhalb der europäischen Staaten untereinander. Abg. **van Oven** (Niederlande) schlug vor, dass sich beide Seiten zur Vermeidung von Überschneidungen bei den NATO-Reaktionskräften

und der schnellen Krisenreaktionskraft der EU darauf verständigen sollten, geplante Aktionen vorab anzukündigen. Abg. **Baramidze** (Georgien) warnte davor, regionale Fragen, darunter die Probleme im Kaukasus, zu übersehen. Auch hier sei die NATO in der Pflicht, da sie die Organisation zur Gewährleistung von Demokratie und Frieden verkörpere. Er begrüßte die verbesserten Beziehungen der NATO mit der Ukraine und Russland.

VI. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten „Fortschritte der zum NATO-Beitritt eingeladenen Staaten bei den militärischen Reformen“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. David Price (Kanada)

Eingangs stellte Abg. **Price** (Kanada) seinen Bericht vor. Abg. **Marsic** (Slowenien) ging auf die in Slowenien durchgeführten Reformen und das Ziel seines Landes ein, bis zum Jahre 2010 über eine voll ausgestattete Berufsarmee zu verfügen. Er verwies auf das Ergebnis der Volksabstimmung zum NATO-Beitritt mit 66 % Zustimmung. Senator **Roman** (Rumänien) wies darauf hin, dass für sein Land bei der Umsetzung innenpolitischer und wirtschaftlicher Reformen die Aussicht auf die NATO-Mitgliedschaft von entscheidender Bedeutung sei. Abg. **van Oven** (Niederlande) erkundigte sich nach den in den baltischen Staaten erzielten Fortschritten in Bezug auf die militärische Zusammenarbeit. Er verwies darauf, dass neue Entscheidungen über die Zusammensetzung des Baltischen Bataillons anstünden. Abg. **von Wogau** (Europäisches Parlament) sprach über die Aussichten der europäischen Rüstungszusammenarbeit und die Frage, wie die neuen Beitrittsstaaten in diese Zusammenarbeit integriert werden könnten. Abg. **Dulowska** (Slowakei) stellte fest, dass auch die Slowakei einen schwierigen Reformprozess durchlaufe. Sie verwies auf das Dokument 2010, bei dem es um Flexibilität, Modernisierung und Interoperabilität der Streitkräfte gehe. Es werde alles getan, um Fähigkeiten zu erwerben, die auch bei der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden könnten. Parallel dazu finde eine Verringerung des Umfangs der slowakischen Streitkräfte statt. Zusammenfassend hielt der Berichterstatter fest, dass alle Beitrittskandidaten mit großer Entschlossenheit die erforderlichen Voraussetzungen für eine umfangreiche Integration in die NATO schafften. Er betonte, dass das Bündnis weiterhin eine Politik der offenen Tür verfolge, d. h. offen für den Beitritt weiterer Staaten bleibe.

VII. Vortrag von Sir Timothy Garden, Visiting Professor, Centre of Defence Studies, King's College, London, zum Thema „Militärische Lehren aus dem gegenwärtigen Konflikt im Irak – Eine erste Betrachtung“

Sir Timothy Garden sprach über die militärischen Aspekte des Irakkrieges. Dabei ging er auf die Vorgeschichte, die diplomatischen Probleme im Rahmen der Vereinten Nationen, das Einsatzkonzept für die Kampfhandlungen sowie den Ablauf der Operationen ein. Insbesondere die Luft- und Bodenoperationen sowie der Einsatz von Spezialeinheiten und die von irakischer Seite angewandten Strategien und Taktiken standen dabei im Vordergrund. Seine Ausführungen beschäftigten sich ferner mit den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen sowie der Darstellung des Krieges in den Medien.

Hierbei sei festzustellen, dass ein neues Medienverhalten, charakterisiert durch eine intensive, zeitnahe und mediengerecht aufbereitete Berichterstattung, die Regierungen zwingt, die Medien von Anfang an in die Kriegsberichterstattung mit einzubeziehen. Es sei noch zu früh für eine umfassende Analyse der Konsequenzen dieses militärischen Einsatzes. Im Verlauf des Irakkrieges hätten sich viele Fragen herauskristallisiert, deren Beantwortung für zukünftige militärische Operationen von größter Bedeutung sei. Nicht nur die Frage, ob sich die Art der Kriegsführung grundsätzlich verändert habe und ob Truppen durch Technologie ersetzt werden könnten, sondern auch, ob Luftangriffe die Verteidigungsfähigkeit von Streitkräften beeinträchtigen und Spezialeinheiten eine größere Bedeutung bei zukünftigen Kriegseinsätzen zukomme, verdient besondere Überlegung. Auch die Medienstrategie der Koalition, die Genauigkeit der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und die Bedeutung von Verbündeten bei militärischen Einsätzen müssten näher analysiert werden. Er sprach sich dafür aus, bei Gerichtsverfahren für irakische Gefangene nach den Regeln des Völkerrechts zu verfahren.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, dem 25. Mai 2003, von 09.15 bis 18.00 Uhr, unter dem Vorsitz des Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten).

I. Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, die transatlantischen Handelsbeziehungen und die Zusammenhänge mit Sicherheitsfragen.

II. Vortrag des Stellvertretenden Staatssekretärs der Tschechischen Republik für europäische Angelegenheiten, Petr Jezek

Petr Jezek gab einen kurzen Überblick über die Veränderungen in Europa seit 1989 und den damit verbundenen langen Weg der Tschechischen Republik zur Mitgliedschaft in der EU.

In Tschechien werde die Volksbefragung zum Beitritt am 13. und 14. Juni 2003 stattfinden. Umfragen hätten ergeben, dass 53 % der Bevölkerung für und 22 % gegen einen Beitritt seien. Man rechne damit, dass 68 % aller Bürgerinnen und Bürger abstimmen werden, davon 80 % für den Beitritt.

Problemfelder der Erweiterung seien die zeitliche Befristung bei der Liberalisierung der Arbeitsmarktzugänge von bis zu fünf Jahren, Subventionen in der Landwirtschaft und die Fristen beim Erwerb von Grund und Boden. Nicht alle 80 000 Seiten Rechtsvorschriften der EU könnten sofort übernommen werden, in vielen Fällen seien Besitzstandswahrunge erforderlich. In Tschechien seien als Übergangsfristen beim Erwerb von Grundstücken für Agrarzwecke sieben Jahre und für Wohnzwecke fünf Jahre vorgesehen. Bei den Landwirtschaftssubventionen gehe man davon aus, diese wegen der unterschiedlichen Preise in Tschechien und den anderen Ländern nicht sofort in vergleichbarer Höhe zu erhalten. Durch diese Subventionen wären die Einkommen der Bauern auch höher als die anderer Berufsgruppen. Tschechien rechne allgemein mit ca. 777 Mio. Euro aus dem Strukturfonds.

Jezek gab auch einen Ausblick auf die Zukunft und betonte, Tschechien sei in der EU für starke supranationale Organisationen, wie die Kommission oder das Parlament. Der Konvent bringe die Verpflichtung nach Transparenz, Effizienz und eine größere Bürgernähe mit sich. Sein Land hätte seit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge in den europäischen Institutionen einschließlich des Europäischen Parlaments als Beobachter teilgenommen.

Abg. **Gapes** (Großbritannien) berichtete von der Diskussion der zeitlichen Begrenzung der Liberalisierung der nationalen Arbeitsmärkte. Er wies auf die unterschiedlichen Standpunkte des tschechischen Präsidenten und des Gastredners und die damit in Zusammenhang stehenden Mehrheitsverhältnisse in Tschechien hin.

Die Diskussion über die unmittelbare Liberalisierung werde als positive Geste der Länder Schweden, Dänemark, Niederlande, Irland und Großbritanniens sehr geschätzt, erklärte **Jezek**. Er betonte, es gebe unterschiedliche Auffassungen in Tschechien zu den Gemeinschaftsinstitutionen. Die Regierungskoalition sei für ein starkes Europa, die wichtigste Oppositionspartei des Präsidenten Klaus wolle keine weitergehende Integration. Die Regierung habe zwar nur eine geringe, aber eben eine Mehrheit.

Der Vorsitzende Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach den Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft und bezog sich auch auf die Einführung des Euro und die gemeinsame Agrarpolitik. **Jezek** erklärte, die Einführung des Euro hänge ausschließlich von der Erfüllung der Maastricht-Kriterien ab. Bei der Einhaltung der Haushaltskriterien sei man noch nicht so weit. Auch müsse das öffentliche Finanz- und Rentenwesen reformiert werden. Man rechne mit einer Einführung etwa im Jahr 2009 oder 2010. Es hänge auch ganz entscheidend von der Umsetzung der Reformpläne durch das Parlament ab. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik strebe man eine Gleichstellung aller an. Die eigene Landwirtschaft sei gefestigt und auch in einem liberaleren Umfeld überlebensfähig.

Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) dankte dem Gastredner für den positiven Bericht und die Aussicht, dass 80 % der tschechischen Bevölkerung für einen Beitritt stimmen werde. Die Verhandlungen hätten gezeigt, dass ein friedliches Miteinander und eine gegenseitige Teilhabe die EU und deren wirtschaftliche Prosperität voranbringe. Die EU wachse immer weiter zusammen, frühere „Feinde“ planten nunmehr gemeinsam die Erweiterung von NATO und EU, diese sogar mit einer eigenen Verfassung. Sie wünsche sich, dass dieser Prozess für andere Regierungen in der Welt beispielgebend sei. Des Weiteren betonte sie, die NATO sei nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern stehe auch für gemeinsame Werte.

Der **Vorsitzende** dankte dem Gastredner für die ausführliche Darstellung.

III. Vortrag von James Darcy, Research Fellow am „Overseas Development Institute“, London

Zentrales Thema des Vortrages von **James Darcy** war die Finanzierung und Umsetzung humanitärer Hilfe in Verbindung mit militärischen Interventionen. Er gab einen Überblick über die wichtigsten humanitären Grundsätze, Entwicklungstendenzen, Schutz von Zivilpersonen und die Rolle von Politik und Militär.

Seit der Schlacht von Solferino im Jahr 1859 werde die humanitäre Hilfe als Grundrecht anerkannt. Krieg führende Parteien müssten akzeptieren, dass unabhängige unparteiische Institutionen eingreifen können, um zu helfen. Durch Neutralität und Unabhängigkeit müsse man das Vertrauen der Kriegsgegner gewinnen. Der Ansatz für die Hilfeleistungen habe sich jedoch seit dem 19. Jahrhundert stark verändert.

Seit den 90er-Jahren habe sich der Blick auf die Sicherheit der Menschen verändert, die Entwicklungshilfe spiele eine immer größere Rolle im Kampf gegen bestehende Konflikte. Er verwies hier auch auf die Zusammenhänge von Entwicklungshilfe und Sicherheitsfragen. Humanitäre Hilfe werde oft auch als Hebel eingesetzt, wenn sie nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werde. Fraglich seien jedoch Wirkung und Erfolg.

Seit Ende 1990/Anfang 2000 seien drei neue Formen in der Entwicklungszusammenarbeit entstanden: Erstens eine Bilateralisierung der humanitären Hilfe, durch welche die Geber die Art und Weise der Vergabe der Mittel bestimmten. Es gehe bei dieser Hilfe in erster Linie nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern um die Stärkung und Sicherung von gewünschten politischen Entwicklungen. Zweitens gefährde ein integriertes Konfliktmanagement immer mehr die Unabhängigkeit der Hilfe. Drittens spiele das Militär, insbesondere bei der Sicherung der lokalen Stabilität, eine immer größere Rolle: Deshalb sei die Sicherheit oft wichtiger als die eigentliche humanitäre Hilfe. Er verwies auf das Spannungsfeld zwischen humanitären Prinzipien und strategischen Überlegungen.

Er hielt fest, humanitäre Organisationen hätten kein Monopol und die Politisierung der Hilfe nehme immer mehr zu, was gerade für solche Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz problematisch sei. Er plädierte für mehr Unabhängigkeit.

Abg. **Rouvière** (Frankreich) betonte das Recht des humanitären Eingreifens auch ohne Zustimmung der beteiligten Länder. Er hob auch den Schutz von Strukturen und der Helfenden hervor. **Darcy** wies darauf hin, der Missbrauch des Interventionsrechtes müsse, z. B. durch den UN-Sicherheitsrat, verhindert werden. Dieser befasse sich zurzeit auch mit Leitlinien für den Schutz von humanitärem Sicherheitspersonal.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) erklärte die Wichtigkeit der Liberalisierung der humanitären Hilfe. Eine Bilateralisierung der Hilfe sei gut, wenn eine Abstimmung mit den UN erfolge. Er stellte die Frage nach der Anerkennung der Entsendung von Polizeikräften als Entwicklungshilfe. **Darcy** bestätigte die durchaus auch positiven Aspekte der Bilateralisierung. Die (Wieder-)Herstellung von Sicherheit und Ordnung sei eine absolute Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Er zeigte am Beispiel Afghanistans den direkten Zusammenhang von akuter Armut, mangelnder Entwicklung und Krieg. Aber auch zwischen Armut und politischer Bedeutungslosigkeit bestehe ein Zusammenhang. Die betreffenden Länder müssten mehr in das allgemeine politische Interesse rücken.

Abg. **Rodrigues** (Portugal) sprach die Eigenverantwortung, das Engagement und die Motivation der Empfänger der Hilfe an. **Darcy** zeigte das Problem der Übernahme von Verantwortung auf, das gerade bei Unsicherheit und Unklar-

heit herrsche. Bei einem Autoritätsvakuum sei die Verhandlungsführung sehr schwierig. Es müssten erst neue Autoritätsformen entwickelt und Legitimität erreicht werden. Er bestätigte die Existenz von Rechtsvorschriften zur Regelung der humanitären Eingriffe. Sie seien jedoch auch immer wieder veränderlichen Interpretationen unterworfen. Er unterstütze das Lob des Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) an das Internationale Rote Kreuz, wies aber wegen dessen besonderer Funktion auf die Notwendigkeit der Unterstützung durch andere Organisationen hin. Auf die Frage der Abg. **Xirotiri Aikaterinari** (Griechenland) hob **Darcy** den mehrfachen Auftrag der UN in den Bereichen Sicherheit und humanitäre Hilfe hervor.

Abg. **Kurt J. Rosmanith** (Deutschland) sprach die Nichteinhaltung des Kriegsvölkerrechts durch den Terrorismus an. Er fragte, wie Vorsorge getroffen werden könne, damit die Hilfe nicht nur reine Nachsorge sei. Die Konflikte träfen immer die Bevölkerung. Er sehe die UN mit Unterstützung der NATO nicht nur als reine verteidigende, sondern auch politische Organisation. **Darcy** betonte diese besondere Herausforderung, auch viele Staaten hielten sich nicht an das Kriegsrecht. Die Unterscheidung von zivilen und Krieg führenden Personen sei schwierig. Er sprach sich für ein aufgeschlosseneres und verantwortlicheres internationales System unter Schirmherrschaft der UN aus.

Der Vorsitzende dankte dem Gastredner für die informativen Ausführungen.

IV. Vortrag von Botschafterin Linnet Deily, stellvertretende Handelsbevollmächtigte der US-Mission bei der WTO in Genf

Linnet Deily erklärte, ein Beitrag zur Sicherheit sei über die Entwicklung des Handels möglich. Das Welthandelsabkommen spiele dabei eine ganz zentrale Rolle. Sie gab einen Überblick über den Fortschritt des in Doha begonnenen Prozesses und plädierte für dessen Fortsetzung. Sie stellte die Unterschiede in den Auffassungen der USA und der EU dar, betonte jedoch auch den insgesamt breiten Konsens. Entscheidend seien, vor allem im kritischen Bereich der Landwirtschaft, die Liberalisierung, die Abschaffung der marktverzerrenden Subventionen und die Verbesserung der Marktzugänge.

Für die offizielle Beendigung der Verhandlungen im Januar 2005 werde das Ministertreffen in Cancun/Mexiko im September 2003 die Vorbereitung sein. Sie rechne mit dem tatsächlichen Abschluss aber erst 2015. Ziel sei es auch, 2015 eine Welt ohne Zolltarife zu haben. Für die Bereiche Landwirtschaft, Warenproduktion und Dienstleistungen gab sie eine aktuelle Sachstandsübersicht. Man wolle zusammen mit den Entwicklungsländern klären, wo die Hilfe am meisten gebraucht werde. Wichtig sei auch die Einbeziehung der am wenigsten entwickelten Länder in die WTO.

Abg. **Bayley** (Großbritannien) erklärte, man müsse mit dem Handel Wohlstand für die ärmeren Länder schaffen. Eine Reform bei der Subventionierung der Landwirtschaft sei dringend erforderlich, das müsse auch die USA erkennen. Er wies auf den größeren Handelsüberschuss zugunsten der Entwicklungsländer in Europa im Vergleich zu den USA hin und sprach die Probleme des Arzneimittelhandels für die ärmeren Länder an. **Deily** entgegnete, die USA

hätten immer sehr weit gehende Vorschläge unterbreitet, eine Öffnung müsse auf allen Seiten stattfinden, auch bei den Entwicklungsländern. Ein Gleichgewicht bei der Öffnung der Märkte sei wichtig. Sie bestätigte, der Streit bei den Arzneimitteln müsse gelöst werden, jedoch sei ein Gleichgewicht zwischen den geistigen Eigentumsrechten und den Entwicklungen in den Gesundheitsbereichen nötig.

Abg. **Cohen** (Großbritannien) erklärte, zukunftsweisend sei ein fairer und gerechter Handel. Er verwies erneut auf die Subventionspolitik der USA in der Landwirtschaft und beim Stahl, was im Gegensatz zu dem Ziel der USA nach einem freien Handel stünde. **Deily** verwies auf die neue Rechtsvorschrift in den USA; so seien tatsächlich weniger Subventionen gezahlt worden als vorher und der freie Handel sei gestärkt worden. Subventionsabbau könne nicht nur auf einer Seite erfolgen. Man sei um Harmonisierung bemüht, jedoch müsse die EU größere Schritte tun. In diesem Zusammenhang sprach Abg. **Rouvière** (Frankreich) das Problem der Auftragsvergabe der Reparationsleistungen im Irak an amerikanische Firmen ohne Wettbewerb an. Der Vorsitzende dankte der Gastrednerin für den interessanten Vortrag.

V. Entwurf eines Generalberichts „Die wirtschaftliche Entwicklung aus dem Blickwinkel der Sicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Der Generalberichterstatter Abg. **van Gennip** (Niederlande) stellte den Berichtsentwurf vor.

In der Diskussion wies Abg. **Bayley** (Großbritannien) darauf hin, Unterentwicklung bedrohe auch immer die Sicherheit eines Landes. Die Menge und Wirksamkeit der internationalen Hilfe müsse noch verbessert werden und dürfe nicht zweckgebunden sein. Er verwies auf die Rolle der UN und deren Stärke in Abhängigkeit von der Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen der Mitglieder. Er sprach sich auch für einen Besuch des Ausschusses in Afghanistan und dem Irak aus. Abg. **Arioglu** (Türkei) sprach sich dafür aus, dem Bereich der Sicherheitsauswirkungen der wirtschaftlichen Hilfen ein größeres Gewicht im Bericht zu geben und auch die Aufmerksamkeit auf die Geldmärkte zu lenken.

VI. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen „Die Verhandlungen von Doha: Wirtschaftliche Entwicklung und transatlantische Handelsbeziehungen“, vorgelegt von den Mitberichterstattern Abg. Mike Gapes (Großbritannien) und Michael Bilirakis (Vereinigte Staaten) im Auftrag von John Tanner (Vereinigte Staaten)

Der Berichtsentwurf wurde von den Abg. **Gapes** (Großbritannien) und Abg. **Bilirakis** (Vereinigte Staaten) für den abwesenden Abg. Tanner vorgestellt.

Abg. **Forlani** (Italien) forderte, wirtschaftliche Ungleichheiten abzubauen und damit mehr Sicherheit zu erreichen. Die WTO verhalte sich oft widersprüchlich. Investitionen in

den Entwicklungsländern sollten auf einige wesentliche Sektoren begrenzt werden, damit zuerst der eigene Bedarf auf den heimischen Märkten gedeckt werden könnte. Technik und Bildung müssten im Vordergrund stehen. Abg. **Gapes** (Großbritannien) sprach den komplexen Zusammenhang von Armut und Terrorismus, auch unter dem Gesichtspunkt der ideologischen Einstellung, an. Die Terroristen seien oft gut ausgebildet und verfügten über finanzielle Mittel. Abg. **Rouvière** (Frankreich) hob erneut das Problem des Wiederaufbaus des Irak hervor und erklärte, einige Märkte würden offensichtlich nicht der WTO unterliegen. Abg. **Gillian** (Großbritannien) sprach sich dafür aus, das Gewicht des Berichts im Bereich der GMO Nahrungsmittel zu verstärken.

VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Ost-West-Wirtschafts-zusammenarbeit und Konvergenz „Die russische Wirtschaft unter Präsident Putin“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Harry Cohen (Großbritannien)

Abg. **Cohen** (Großbritannien) stellte den Berichtsentwurf vor.

Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) sprach sich dafür aus, Russland häufiger zum Thema zu machen. Durch die Erweiterungen der NATO und EU werde das Land ein unmittelbarer Nachbar. Sie erinnerte an die besondere Lage der russischen Enklave Kaliningrad. Insbesondere müsse die Prosperität auch dort vorangetrieben werden. Auch Abg. **Kirkilas** (Litauen) betonte die Wichtigkeit der Schaffung besserer wirtschaftlicher Bedingungen, da gerade diese Region das Potenzial habe, als russisches Tor nach Westen zu dienen. Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) sprach sich gegen die Verknüpfung des Tschetschenienkonflikts mit dem Bericht aus. Auch gebe es viele positive Beispiele, die nicht in dem Bericht erwähnt würden. Er dankte dem Berichterstatter für den informativen Bericht und versicherte, neueres Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen.

VIII. Entwurf eines Sonderberichts „Die Auswirkung des von Afghanistan ausgehenden Drogenhandels und seine Gefahren für Europa“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abg. Victor Voitenko (Russische Föderation)

Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) stellte den Sonderbericht vor.

Abg. **Rodrigues** (Portugal) nannte das Thema wichtig für die gesamte Weltgemeinschaft. Die Drogenhändler würden sich neue Wege erschließen, wenn die alten blockiert seien. Da gerade arme Menschen oft Opfer der Drogenhändler seien, müsse man mit internationalen Maßnahmen deren Lebensstandard verbessern. Er widersprach dem Vorschlag des Abg. **Voitenko** nach einem „Sicherheitsgürtel“ entlang der Grenze zu Afghanistan als kurzfristige Lösung. Entscheidend für Veränderungen seien langfristige wirtschaftliche Alternativen zum Opiumanbau. Abg. **Asgarov** (Aserbaidschan) lenkte die Aufmerksamkeit auf die früheren sowjetischen Länder im Südkaukasus und die Probleme des internationalen Drogenhandels.

IX. Ausschussbesuch in Deutschland

Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) legte dem Ausschuss ein Konzeptionspapier für einen möglichen Ausschussbesuch in Berlin im Jahr 2004 vor. Schwerpunktthema sollen die politischen Entscheidungen oberhalb der nationalen Ebene durch internationale und multilaterale Abkommen und die meist fehlende Einbeziehung nationaler Parlamente in deren Entstehung sein.

Abg. **Bayley** (Großbritannien), Abg. **van Gennip** (Niederlande) und auch der Ausschussvorsitzende Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten) begrüßten und unterstützten diese Idee. Sie schlugen vor, auch die Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien einzubeziehen sowie die Themen Sicherheit und Entwicklung in diesem Zusammenhang zu behandeln.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, dem 25. Mai 2003, von 09.15 bis 18.00 Uhr, unter dem Vorsitz von Senator **Nolin** (Kanada).

I. Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Ausschusssitzung waren die Kernenergie in der Tschechischen Republik, Massenvernichtungswaffen, biologische und chemische Waffen im Irak sowie weltraumgestützte Waffen.

II. Vortrag des Stellvertretenden Ministers für Handel und Industrie der Tschechischen Republik, Martin Pecina, zum Thema „Kernenergie in der Tschechischen Republik“, gefolgt von einer Fragestunde unter Beteiligung von Dana Drabova, Leiterin des Amtes für Nuklearsicherheit

Einleitend wies **Pecina** darauf hin, dass sein Land wegen mangelnder Primärenergiequellen seinen Elektrizitätsbedarf inzwischen zu 40 % aus Kernenergie decke. Die Sicherheit bei der Energiegewinnung und Behandlung des Nuklearabfalls sei entsprechend den EU-Standards gewährleistet, eine unabhängige Kontrollbehörde überwache die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften. Auch der IAEA, der NEA der OECD und anderen internationalen Atomaufsichtsgremien gehöre die Tschechische Republik an. Die in den Jahren 1946 bis 1999 sehr produktive Uranindustrie sei zurückgefahren worden und die Urangewinnung werde spätestens 2005 gänzlich eingestellt; dann werde Tschechien diesen Rohstoff importieren.

Bei den abgebrannten Brennelementen verfähre man nach internationalen Standards, d. h. zunächst eine Lagerung in Containern zur Trockenlagerung auf dem Reaktorgelände, dann eine Zwischenlagerung und schließlich die Endlagerung in einem geeigneten Stollen.

Zur Erforschung der Kernenergie verfüge die Tschechische Republik über qualitativ hochwertige Einrichtungen und fähige Wissenschaftler. Sollten die staatlichen Investitionen gekürzt werden, blieben Nachwuchswissenschaftler aus, das Know-how ginge verloren.

Abschließend plädierte **Pecina** für die nukleare als umweltfreundliche, saubere Energiequelle, für deren Vorzüge bei der Bevölkerung geworben werden müsse und erwähnte da-

bei, dass es an Reaktorstandorten keine Widerstände der dort ansässigen Menschen gegen die Kernenergie gebe; medizinische Untersuchungen hätten sogar den Beweis erbracht, dass die dort lebende Bevölkerung besonders gesund und langlebig sei.

In der anschließenden Diskussionsrunde erkundigte sich Abg. **Zenkiewicz** (Polen) nach den Mechanismen zur Information der Öffentlichkeit bei einem Störfall, wie jüngst im Fall von Temelin. **Pecina** konzidierte, dass es unbestreitbar Zwischenfälle gegeben habe, die man der Kontrollbehörde gemeldet habe, sie seien jedoch so geringfügig gewesen, dass zu keiner Zeit eine Gefährdung der Öffentlichkeit bestanden habe. Abg. **Helmut Rauber** (Deutschland) wollte wissen, ob es während der letzten Monate ernsthafte Störfälle gegeben habe, ob Tschechien beabsichtige, Strom zu exportieren, wenn ja zu welchen Kosten, und ob es in der Tschechischen Republik eine grüne Partei gebe. **Pecina** verneinte die erste, bejahte die zweite Frage, konnte zu den Kosten jedoch keine präzisen Angaben machen. Zwar existiere eine grüne Partei, sie sei allerdings nicht im Parlament vertreten. Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) fragte, ob es schwierig sei, Endlagerstätten für nukleare Abfälle zu finden und wie sie geschützt und kontrolliert werden. **Pecina** erläuterte, dass erst ab 2065 eine Endlagerung vorgesehen sei, bis dahin erhoffe man so große Forschungsfortschritte, dass eine weitgehende Wiederverwertung möglich sein werde; insgesamt seien acht geeignete Lagerstätten ausgemacht worden.

III. Entwurf eines Generalberichts „Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert: eine transatlantische Agenda“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abg. Teresa Riera (Spanien), vorgetragen von Abg. José Lello (Portugal), Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Anstelle der Generalberichterstatterin Abg. Riera (Spanien) fasste der Abg. **Lello** (Portugal) den Generalbericht „Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert: eine transatlantische Agenda“ zusammen. Wegen der Abwesenheit der Generalberichterstatterin fand keine Aussprache statt, allerdings wandte sich Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) gegen den anti-amerikanischen Grundtenor des Berichts und verwies auf die Gefahr der nicht staatlichen Verwendung von WMD. Korrekturbedürftig sei auch der Hinweis auf W. Kristol und R. Kagan, mitnichten seien sie offizielle Vertreter der US-Regierung. Insgesamt bewertete Abg. **Ehlers** den Bericht als einen unfairen Angriff auf sein Land. Kritisch äußerte sich auch Abg. **Rivière** (Frankreich); der Bericht sei zu stark auf die USA ausgerichtet, vernachlässige die Situation in anderen Ländern sowie das Problem des Handels mit WMD-fähigen Bomben.

IV. Vortrag von Olivier Lepick, beigeordnetes Mitglied an der Stiftung für strategische Forschung, Paris, zum Thema „Biologische und chemische Waffen im Irak“

Lepick stellte einleitend fest, dass aufgrund der Ereignisse vom 11. September und der Anthrax-Anschläge in den USA die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen anders wahrgenommen werde. Zur Nuklearbedrohung durch den Irak verwies **Lepick** auf das 1991 gestartete Programm, aufgrund dessen aber nur eine sehr geringe Menge Spaltmaterials

entstanden sei. Weitaus ehrgeiziger sei das irakische Chemiewaffenprogramm. Der Irak habe auch als einziger Staat seit 1930 Chemiewaffen eingesetzt, und zwar gegen den Iran und gegen seine eigene kurdische Bevölkerung. Bis zu seiner Ausweisung habe UNSCOM chemische Anlagen und Stoffe vernichtet, sodass seines Erachtens nur noch Restmengen vorhanden sein dürften.

Programme zur Herstellung biologischer Waffen seien von UNMOVIC erst nach 1995 dank eines irakischen Überläufers entdeckt worden. Die UN-Inspektoren bestätigten einerseits die irakischen Angaben zu dem Programm, hätten andererseits jedoch auch auf Widersprüchliches hingewiesen. Kritisch bewertete **Lepick** Geheimdienstberichte, weil sie vielfach politisch instrumentalisiert würden. Letztlich sei die Nonproliferation nur dadurch zu verhindern, dass die Spannungen und Konflikte vor Ort gelöst würden.

Zu Beginn der Diskussionsrunde gab Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) zu bedenken, dass der Irak ein sehr großes Land sei, wo es seine Zeit brauche, bevor man fündig werde. Auf jeden Fall sei ein mobiles Labor sichergestellt worden. Im Übrigen liege es im Bereich des Möglichen, dass hergestellte Waffen rechtzeitig außer Landes gebracht worden seien. Dies beantwortete **Lepick** mit der Gegenfrage, ob für den Fall, dass die USA ihre Militäraktion aufgrund falscher Annahmen und Voraussetzungen gestartet hätten, sie dies auch eingestehen würden. Lord **Jopling** (Großbritannien) bemängelte die Überbetonung elektronisch-technischer Mittel bei geheimdienstlicher Ermittlung und plädierte für mehr Personal vor Ort. **Lepick** wollte die Beurteilung, ob die menschliche Komponente von den Geheimdiensten vernachlässigt werde, den Politikern überlassen. Eventuell müsse ein intelligenter Einsatz vorhandener Mittel erwogen werden. Auf die Fragen von Abg. **Hancock** (Großbritannien) und Abg. **Rivière** (Frankreich) nach der Effizienz von Inspektionen zur Begegnung der Gefahr durch Massenvernichtungswaffen entgegnete **Lepick**, es liege in der Natur der Sache, dass Inspektionen zeitaufwendig seien. Zweifellos habe der militärische Druck unmittelbar vor Beginn des Militärschlages die Kooperationsbereitschaft des Irak deutlich erhöht. Abschließend bemerkte **Lepick** zu den Anthrax-Anschlägen in den USA, Qualität und Herstellungsmethoden ließen es nahe liegen, dass die Substanz aus einem Labor der US-Verteidigungsindustrie stammte.

V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Weiterverbreitung von Militärtechnologie „Waffen im Weltraum und globale Sicherheit“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland)

Ohne Aussprache nahm der Ausschuss den o. g. Bericht zur Kenntnis.

VI. Vortrag von Professor William C. Potter, Direktor des Zentrums für Nonproliferationsstudien am „Institute of International Studies“ (MIS), Monterey, zum Thema „Amerikanische und russische Haltung zur Proliferation von WMD“

Während des Kalten Krieges, so führte **Potter** in seinen Vortrag ein, sei die Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA bei der Nonproliferation sehr eng gewesen; danach hätte sie Partikularinteressen weichen müssen und erst

der 11. September habe beide Staaten wieder näher kooperieren lassen. Große Unterschiede lägen jedoch in der Gefahrenwahrnehmung, hier die „Schurkenstaaten“ wie z. B. Iran und Nordkorea, dort wahrgenommene Bedrohung durch Pakistan und Israel. Kongruent sei die Bedrohungsanalyse bei nuklearem Terrorismus und islamischem Fundamentalismus. So unterschiedlich die Diagnose, so verschieden auch der Therapievorschlag: zwar sprächen sich Russland wie die USA für multilaterale Ansätze aus, in der praktischen Ausgestaltung divergierten sie aber deutlich. Während die USA politische und wirtschaftliche Sanktionen für ein probates Mittel gegen Proliferation halten, setze Russland auf Absatz IV des NPT.

Zur Bekämpfung des nuklearen Terrorismus mahnte **Potter** einen Aktionsplan und ausreichende Ressourcen an, um u. a. die Sicherheit von Kernkraftwerken, außer Dienst gestellten U-Booten und Lagerstätten in Russland, Armenien, Litauen etc. zu erhöhen.

Beim hoch angereicherten Uran befürwortete **Potter**, den UdSSR-Nachfolgestaaten den Kauf anzubieten und Russland bei der Umrüstung seiner Forschungsreaktoren zu helfen. Gleichwohl bestehe das Problem von Leckagen und „brain drain“ fort. Dazu habe eine UN-Expertengruppe eine Empfehlung verabschiedet, die darauf abziele, die Informationstechnologien zu nutzen, um quasi per Fernstudium Nonproliferationstraining zu vermitteln.

Abschließend plädierte **Potter** eindringlich für eine Intensivierung der russisch-US-amerikanischen Zusammenarbeit.

Die anschließende Diskussion eröffnete Abg. **Iver** (Russische Föderation) mit deutlicher Kritik an Potters Ausführungen. Nicht nur Russland, auch andere Länder wie Israel, das dieser Tage eine Mauer baue und „mini nukes“ entwickle, stellten ein Problem dar. Die Frage des Abg. **Rivière** (Frankreich), ob Diebstähle von angereichertem Uran bekannt seien, bejahte **Potter**. In die gleiche Richtung zielte die Frage des Abg. **Hancock** (Großbritannien), ob beim Transport hoch angereichertes Uran verloren gehe. **Potter** erwiderte, Fälle von „material unaccounted for“ seien durchaus bekannt.

Gegen Ende der Sitzung akzeptierten die Ausschussmitglieder den Vorschlag der Berichterstatter und Ausschussvorsitzenden, sich weiterhin mit den Themen Nonproliferation, Massenvernichtungswaffen und Reaktorsicherheit zu befassen. Zudem stellte der Vorsitzende **Nolin** (Kanada) einen Besuch auf Kourou zum Start einer Ariane-Rakete für Ende Oktober in Aussicht.

Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit

I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit tagte am 26. Mai 2003 unter dem Vorsitz von Abg. **Mahon** (Großbritannien).

Auf der Tagesordnung standen der Bericht über Zivilschutz mit einem allgemeinen Überblick, der Bericht des Unterausschusses Demokratische Regierungsführung über Drogen- und Menschenhandel in Europa und der Sonderbericht über den Schutz der Zivilbevölkerung vor Terrorismus. Als Gastredner hatte der Ausschuss die russische Journalistin und Bürgerrechtlerin, **Anna Politkovskaja**, den Direktor der New York-Universität in Prag, **Jiri Pehe**, sowie den Direk-

tor des französischen nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung, **Olivier Roy**, eingeladen. Der Ausschuss befasste sich ferner mit dem von russischer Seite vorgelegten Sonderbericht über die Lage der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten.

II. Entwurf eines Generalberichts „Zivilschutz – ein allgemeiner Überblick“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abg. Verena Wohlleben (Deutschland)

Die Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Mahon** (Großbritannien), stellte in Vertretung der erkrankten deutschen Generalberichterstatterin den Bericht über Zivilschutz vor. In der anschließenden Debatte wies **Lord Jopling** (Großbritannien) auch auf die Gefahr des Agro-Terrorismus (Tierseuchen) hin sowie darauf, dass in vielen Ländern Massimpfungen gegen Krankheiten wie z. B. Pocken eingestellt worden seien. Abg. **Erwin Marschewski** (Deutschland) betonte, es gebe trotz großer Anstrengungen noch immer gravierende Mängel bei der Ressourcenzuweisung und Aufgabenverteilung. Er wies ebenfalls daraufhin, dass in Deutschland über einen entsprechenden Einsatz der Bundeswehr nachgedacht werde, hierfür sei aber voraussichtlich eine Grundgesetzänderung erforderlich.

III. Vortrag von Anna Politkovskaja, Journalistin der Novaia Gazeta, Moskau, zum Thema: „Der Krieg in Tschetschenien – warum beenden wir ihn nicht?“

Ausgehend von dem Referendum in Tschetschenien und der Tatsache eines seit vier Jahren andauernden (zweiten) Krieges, den die Regierung in Moskau „Terrorismusbekämpfung“ nenne, in dem Menschen verschwinden und in dem das staatliche Handeln einer Strafkampagne gleichkomme, berichtete die Journalistin über die Wirklichkeit der Lage nach den Anschlägen vom 27. Dezember 2002 im Theater in Moskau sowie den weiteren Anschlägen vom 12. und 14. Mai dieses Jahres in Tschetschenien. Unklar sei die Ziel- und Zweckbestimmung der Politik des Präsidenten Putin. „Gegen wen kämpft unter der Willkür der Militärs dieses ausgeblutete Land?“, fragte sie. Das Ergebnis des „Erfolges“ Putins sei die vollzogene „Palästinisierung des Konflikts“ unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. Russland und Europa fänden sich mit der tschetschenischen Tragödie ab. Die Wirklichkeit zeige Morde, Entführungen, Menschenhandel, außergerichtliche Hinrichtungen sowie gezieltes Feuer von Kontrollposten auf die nähere Umgebung. Familien würden auseinander gerissen, Richtern und Staatsanwälten käme eine dekorative, keine rechtsstaatliche Funktion zu. Die Qualen einer Nation, die man zu einem Paria gemacht habe, seien unmenschlich. Selbstmordattentate fänden bereitwillig Kandidaten, weil es „psychisch gesunde Menschen kaum noch gebe“. Die internationale Lage nach dem 11. September habe die Anarchie der Militärs gefördert. Europarat und OSZE hätten diesem Krieg gleichgültig gegenüber gestanden und sich kaum für die massenhafte Vernichtung der Zivilbevölkerung interessiert. Der zweite Krieg in Tschetschenien sei in den Augen der Tschetschenen ein von Europa absichtlich verdrängter Krieg. Die Journalistin sprach abschließend davon, dass Europa, die OSZE und die internationale Gemeinschaft vor einer neuen internationalen Realität stünden, in der es die Grundlagen der Verfassungen zivilisierter Länder nicht mehr gebe und in

der Europa und die OSZE „Anhänger des Blutvergießens“ geworden seien. Sie rief Europa dazu auf, in dem Konflikt aktiv zu werden und sich einzumischen, Tschetschenien könne nicht länger warten.

Die Diskussionsbeiträge der Parlamentarier zielten schwerpunktmäßig ab auf die Rolle Europas, der EU, der OSZE und auf das Fehlen einer einheitlichen Politik gegenüber Tschetschenien. Daneben sprach Abg. **Manilow** (Russische Föderation) die vielschichtige Problematik und die Dimension der Terrorismusgefahr an, wobei der EU, dem Europarat und den VN alle Informationen zugänglich seien. Auf das Erfordernis eines Vertrages zwischen der Russischen Föderation und Tschetschenien aufgrund des Autonomieversprechens Moskaus wies Abg. **Lilleton** (Norwegen) hin, Abg. **Malan** (Italien) auf die Notwendigkeit, Lösungen durch Verhandlungen zu erreichen. Abg. **Baramidze** (Georgien) zog einen Vergleich zwischen der Lage in Georgien und Tschetschenien. Mit dem Schicksal der Flüchtlinge werde verdeutlicht, dass Georgien durch die Russische Föderation unterdrückt werde, weil das Land den Terrorismus bekämpfe. Abg. **Khmara** (Ukraine) bezeichnete Russlands Vorgehen als „wohlgeplanten Völkermord als offizielle Doktrin“; fahre Russland in der bisherigen Weise fort, werde der internationale Terrorismus andauern. In den Ausführungen von Abg. **Cordy** (Kanada) standen das Referendum und dessen Auswirkungen sowie die Möglichkeiten Russlands, einer neuen Welle der Gewalt entgegenzuwirken, im Vordergrund. Senator **Roman** (Rumänien) zog in seinen Ausführungen einen Vergleich zur Lage in Nordirland und im Baskenland. Sowohl die OSZE als auch der Europarat hätten ihre Rolle im Tschetschenienkonflikt ebenso wenig aufgegriffen wie die USA, Frankreich und die EU, stellte Abg. **Boutin** (Frankreich) fest. Dass dabei das Schicksal der Überlebenden nach Geiselnahmen unbeachtet geblieben sei, kritisierte Abg. **Bettendorf** (Luxemburg). Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) äußerte große Hochachtung für die Arbeit von Anna Politkovskaja, die er als das Gewissen Russlands bezeichnete. Er forderte seine Amtskollegen auf, als Mitglieder der NATO und der EU, eine deutlichere Sprache zu sprechen. Seine Fragen an die russische Bürgerrechtlerin richteten sich auf die Akzeptanz des Tschetschenienkriegs in der russischen Bevölkerung. Herrsche hier eher Gleichgültigkeit oder werde das Thema Minderheiten zu einem eigenen Thema gemacht? Gebe es eine klare Unterscheidung zwischen den Terroristen und denjenigen, die einen Befreiungskampf führten? Er forderte eine rasche politische Lösung sowie Verhandlungen. Er sprach außerdem die Versorgung der Flüchtlinge in den benachbarten Staaten an und erwähnte, dass er sich bei einem Besuch im Pankisi-Tal selbst über die schlechte Versorgung dieser Menschen habe überzeugen können.

IV. Vortrag von Olivier Roy, Forschungsdirektor des nationalen französischen Zentrums für wissenschaftliche Forschungen, zum Thema: der islamische Terrorismus: eine Folge der Nahostkrisen oder der Globalisierung des Islams?

Olivier Roy befasste sich in seinem Vortrag mit dem islamischen Terrorismus und der Frage, ob dieser eine Folge der Nahostkrisen oder der Globalisierung des Islams sei. Die Entwicklung der radikal-islamistischen terroristischen Bewegungen (z. B. Al Qaida) seit Beginn der 90er-Jahre deute auf eine wichtige Tendenz hin: Diese Bewegungen hätten

sich insgesamt internationalisiert. Ziel sei nicht mehr die Errichtung eines islamischen Staates in einem bestimmten Land, sondern die Schwächung des Westens generell und insbesondere der USA. Parallel dazu verlaufe eine „größere Mäßigung und verstärkte politische Integration“ der großen islamistischen Bewegungen der 70er- und 80er-Jahre, deren Handeln überwiegend im nationalen Rahmen ablaufe. Die meisten seien politische Bündnisse mit anderen nicht islamistischen Gruppierungen eingegangen. Demgegenüber stehe ein im Wesen veränderter neuer islamistischer Terrorismus. Unter internationalistischem-antiimperialistischen Blickwinkel betrieben sei es sein Ziel, den westlichen Feind an mehreren Fronten anzugreifen.

Diese Internationalisierung sei das Werk von Al Qaida, deren erste Generation 1980 in Erscheinung getreten sei, um die afghanischen Mudschaheddin zu unterstützen. Die neue, seit 1992 operierende Generation sei weitaus kosmopolitischer, entwurzelt und stark verwestlicht. Ihre Kämpfer hätten sich im Westen radikalisiert, lebten transnational, hätten oft eine sehr gute Schulausbildung und seien fast alle im Westen – nach persönlichen Begegnungen – in radikalen Moscheen zu „wiedergeborenen Moslimen“ geworden. Sie würden nicht durch ein Heranreifen ihrer Islamvorstellungen radikal, sondern fänden überwiegend zum Islam, weil sie sich politisch radikalisiert hätten. Viele der in den Terrornetzwerken agierenden militanten Islamisten seien perfekte „Produkte“ der Verwestlichung und der Globalisierung, darunter auch zahlreiche aus Europa stammende, zum Islam übergetretene Konvertiten. Das Ansehen Al Qaidas bei der Bevölkerung der nahöstlichen Staaten sei nicht besonders gut; die Mehrzahl der gläubigen Moslems distanzierte sich von Gewaltanwendung und brutalem Terror, so dass Al Qaida keinen Zustrom neuer Mitglieder aus dieser Richtung erwarten könne. Zu befürchten sei aber, dass verschiedene westliche ideologische Gruppierungen sich dem Terrorwerk Al Qaidas anschließen könnten.

Der Vortrag **Olivier Roys** löste unter den Mitgliedern des Ausschusses eine Diskussion aus, in der u. a. auch die Frage der Finanzierung des internationalen Terrorismus, teilweise durch islamische Hilfsorganisationen und durch saudi-arabische Geldgeber, festgestellt wurde. Betont wurde auch, dass die Ausbildungslager der Terroristen „nicht mehr in den Bergen“, sondern vielmehr in der Anonymität der Großstädte lägen. Diesen Terroristen gehe es nicht um die Verfolgung ideologischer Strategien oder nationaler Ziele, womit sie sich auch von der moslemischen Bevölkerung immer stärker isolierten und es ihnen an sozialer Grundlage und somit längerfristig am Zulauf und an Unterstützung fehlen werde.

V. Entwurf eines Sonderberichts „Russische Minderheiten in den baltischen Staaten“, vorgelegt von Abg. Lubov Sliska (Russische Föderation)

Abg. **Sliska** (Russische Föderation) stellte ihren Bericht vor. In der anschließenden sehr kontrovers und sehr lebhaft verlaufenden Diskussion bestritt Abg. **Kirkulas** (Litauen), dass es nicht möglich sei, in Estland und Lettland russisch zu sprechen. Er forderte, den Bericht zurückzunehmen. Abg. **Berkens** (Lettland) wies unter Hinweis auf die leidvolle Geschichte seines Landes und die brutale Besetzung durch Russland darauf hin, dass ein solches Erbe nicht mit einem Schlag zu bewältigen sei und dass in den vergangenen zwölf

Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Die Lage in den baltischen Staaten sei stabil, der Europarat habe sein Monitoring in Lettland abgeschlossen und der OECD-Rat seine Mission für erfüllt erklärt. Er forderte, die Konfrontation zu beenden und stattdessen einen Kurs der Zusammenarbeit einzuschlagen. Abg. **Mirzas** (Estland) verwehrt sich gegen den Vorwurf, es gebe eine Sprachenpolizei, und wies darauf hin, dass das Land tausendfach vor der Einladung, der EU beizutreten, geprüft worden sei. Abg. **Manilow** (Russische Föderation) wandte dagegen ein, dass auch die internationalen Beobachter eine hohe Anzahl von Staatenlosen in Lettland festgestellt hätten und beklagte, dass ein Teil der Bevölkerung an den Rand gedrängt werde. **Lord Jopling** (Großbritannien) zeigte sich besorgt über die Unausgewogenheit der Erklärungen beider Seiten und stellte die Frage, warum so wenig naturalisiert werde und es so viele „Nichtbürger“ gebe. Er verwies jedoch auch darauf, dass es bei den Wahlen in Lettland und Estland keine Probleme gegeben habe und auch untereinander keine Spannungen festzustellen seien. Abg. **Erwin Marschewski** (Deutschland) forderte die Einhaltung der Staatsbürgerrechte für alle Staatsbürger und stellte die Frage, welches die Bedingungen für die Staatsbürgerschaft seien und ob es diskriminierende Ausnahmen für die russische Minderheit gebe. Gleichzeitig sprach er auch die Frage der Beachtung der Menschenrechte in Russland an. Er schlug die Einsetzung eines Unterausschusses zur Befassung mit diesem Thema vor und forderte für beide Seiten die Möglichkeit eines gleichberechtigten Vortrags. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) betonte, dass es seit den 90er-Jahren keine gravierenden nationalen Problemen in den baltischen Staaten gegeben habe. Europarat und EU hätten den Prozess des Aufbaus einer eigenen Nationalität in den baltischen Staaten begleitet und die generelle Richtung als positiv bezeichnet. Er unterstrich, dass er persönlich über die Art der im Bericht dargestellten Probleme keinerlei Kenntnis habe. Abg. **Shimkus** (Vereinigte Staaten) plädierte dafür, den Bericht nicht weiter zu verfolgen und entsprechend der Geschäftsordnung später zu behandeln. Die Ausschussvorsitzende Abg. **Mahon** (Großbritannien) empfahl einen Besuch beider baltischen Staaten durch den Ausschuss sowie die anschließende Erstellung eines Berichtes. Ferner befürwortete sie eine an die EU, den Europarat sowie die OSZE gerichtete Bitte um aktualisierte Berichte und Daten. Abschließend vereinbarten die Ausschussmitglieder, dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden zu folgen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und darüber hinaus einen Ausschussbesuch in Lettland und Estland in die Wege zu leiten. Zur Erörterung dieses Berichts sollten dann auch Vertreter des Europarates und der EU eingeladen werden.

VI. Bericht des Unterausschusses Demokratische Regierungsführung „Organisierte Kriminalität – Drogen- und Menschenhandel in Europa“, vorgelegt von Abg. Christine Boutin (Frankreich)

Abg. **Boutin** (Frankreich) fasste ihren Bericht zusammen. Viele Redner der sich anschließenden Debatte bestätigten die von der Berichterstatterin getroffenen Feststellungen und Schlussfolgerungen. So beklagte der Vertreter Mazedoniens die großen Grenzprobleme auf dem Balkan und die Tatsache, dass sich Kriminelle mit gefälschten EU-Pässen Zutritt zu allen EU-Staaten verschaffen könnten. Er forderte verstärkte Hilfe für die Balkanstaaten durch die EU und die NATO

beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Abg. Nolin (Kanada) ging auf die schwierige Beschaffung genauer Zahlen über das Drogenproblem ein. Er befürwortete in einem weiteren Bericht Untersuchungen über die Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die Volkswirtschaft.

VII. Vortrag von Jiří Pehe, Direktor der New York-Universität in Prag zum Thema „Berichterstattung der tschechischen Medien über die NATO, die EU und die Irakkrise“

Jiří Pehe, der Direktor der New York-Universität in Prag und frühere Leiter der politischen Abteilung im Präsidialamt während der Amtszeit von Vaclav Havel, berichtete den Ausschussmitgliedern über die derzeitige Situation in der tschechischen Medienlandschaft. Die tschechischen Medien, die international als zu den freiesten gehörend bezeichnet würden, seien größtenteils im Besitz ausländischer Medienkonzerne und Eigentümer. Die meisten Zeitungen gehörten z. B. deutschen Unternehmen. Radio und Fernsehen seien Medienanstalten des öffentlichen Rechtes und unterstünden der Kontrolle von Aufsichtsgremien, die sich aus unabhängigen, vom Parlament gewählten Personen zusammensetzten. Private Fernsehanstalten arbeiteten im Wege der vom Radio- und Fernsehrat vergebenen Lizenzen. Der wichtigste landesweite Fernsehsender, Nova Media, sei eine typische kommerzielle Sendeanstalt. Die von ihr behandelten politischen Fragen fänden große Aufmerksamkeit und seien in der Grundhaltung – solange sie von US-Investoren finanziert worden seien – pro-amerikanisch und EU-kritisch gewesen. Die Unfähigkeit, ausgewogen über Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft zu berichten, sei eher mit mangelnden Kenntnissen über die EU zu erklären. Darüber hinaus habe sich der tschechische Journalismus noch nicht ganz von verschiedenen politischen Zugehörigkeiten befreit, die oft in die Berichterstattung einfließen würden. Die meisten tschechischen Zeitungen seien offen pro-europäisch und pro-NATO eingestellt. Generell sei festzuhalten, dass mangelnde Qualität bei der Berichterstattung über wichtige Themen, wie EU, NATO, Irakkrieg und Terrorismusbekämpfung, zurückzuführen seien auf das durchgängig niedrige Niveau an Professionalismus unter den tschechischen Journalisten, eine wenig ausgeprägte Bürgergesellschaft und eine schwache politische Elite. Die Beseitigung der Hinterlassenschaft von 40 Jahren Kommunismus in der Bürgergesellschaft gehe nur schleppend voran. Öffentliche Debatten seien vielfach von Politikern dominiert, die ihre Ansichten ideologisch verbrämten. Die politische Elite sei zwar einflussreich, jedoch schwach, wenn es darum gehe, klare Entscheidungen zu treffen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Daher werde es noch längere Zeit dauern, bis sich die Tschechische Republik in ihrer politischen Kultur auf eine Stufe mit dem Westen stellen könne.

VIII. Entwurf eines Sonderberichts „Der Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Terrorismus im Rahmen des neuen militärischen Verteidigungskonzepts der NATO“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Senator Petre Roman (Rumänien)

Senator **Roman** (Rumänien) legte den Ausschussmitgliedern seinen Bericht dar.

Der Vertreter der Ukraine erwähnte die hohe Bereitschaft seines Landes, zur Terrorismusbekämpfung beizutragen, und betonte, dass die Ukraine im Hinblick auf eine mögli-

che Mitgliedschaft im Bündnis damit begonnen habe, umfassende Reformen in Gang zu setzen. Andere Mitglieder unterstrichen ebenfalls die erforderliche Zusammenarbeit im Rahmen des Zivilschutzes und dankten dem Berichterstatter für eine ausgezeichnete Analyse und Darstellung der derzeitigen Situation in diesem Bereich.

Der Ausschuss beschloss, seine nächste Sitzung im Rahmen der Jahrestagung der NATO PV vom 7. bis 11. November 2003 in Orlando (USA) zu veranstalten.

Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Montag, dem 26. Mai 2003, von 09.00 bis 17.30 Uhr, unter dem Vorsitz des Abg. **Viggers** (Großbritannien).

I. Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren die Auswirkungen der Irakkrise auf das Atlantische Bündnis sowie die Rolle Europas in der Atlantischen Sicherheitsstruktur.

II. Ansprache des Außenministers der Tschechischen Republik, Cyril Svoboda, zum Thema „Die NATO und die Tschechische Republik nach dem Prager Gipfel“

Der tschechische Außenminister unterstrich die Bemühungen seines Parlaments zur Erteilung des Mandats für die Auslandseinsätze tschechischer Soldaten. Er hob die Bedeutung der NATO PV hervor, die den inneren Zusammenhalt der Allianz stärke. Alle Staaten seien durch gemeinsame Werte und Interessen verbunden sowie durch die Wahrnehmung der Gefahren, die vielfältige Ursachen hätten: von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zu religiösem Fanatismus. Die Verbündeten seien sich natürlich nicht immer einig über anzustrebende Lösungen; effektivere Mechanismen zur Vermeidung von Dissonanzen seien notwendig. In jedem Fall müsse verhindert werden, dass ein politisches Vakuum entsteht, das einer neuen Diktatur Raum biete. Auf die Situation im Irak eingehend erklärte er, das Land müsse im Innern stabilisiert werden und dürfe keine Bedrohung für andere darstellen. In diesem Zusammenhang stärke mangelnde Einigkeit innerhalb der Allianz die negativen Kräfte im Irak. ISAF sei ein Beispiel für ein wirksames Engagement der Allianz. Die Prager Beschlüsse bildeten eine gute Grundlage für die Beziehungen zwischen NATO und EU, nun müsse der Rahmen für die Zusammenarbeit mit Inhalt gefüllt werden, wobei er als positives Beispiel CONCORDIA nannte. Laut Minister Svoboda wollen die Beitrittsländer ihr Engagement in der EU und NATO verstärken, um so zu verhindern, dass die Stärke der Allianz nachlässt. Die Entwicklung der Krise in Irak zeige, dass nur gemeinsames Handeln Druck erzeugen könne, der dort die Waffeninspektionen erst ermöglicht habe. Gewalt könne in bestimmten Fällen zu einer Lösung führen. Die Allianz habe große Kapazitäten; die Mitgliedstaaten müssten sich in ihren Ländern dafür einsetzen, diese auch zu nutzen. Als herausragende Aufgabe bezeichnete er die NPF. Es gehe um die Fähigkeit, gemeinsam, effizient und schnell zu handeln. Die Parlamentarier könnten hier einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie ihre Regierungen in diesem Sinne unterstützen.

Auf Fragen nach den Prioritäten in der tschechischen Außenpolitik nannte Minister Svoboda die Weiterentwicklung der NATO. Die NATO-Erweiterung sei wichtig für die Stärkung der Stabilität, was von Regierung und Parlament auch so bewertet werde. Als weitere Prioritäten bezeichnete er den Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sprach sich aber gegen eine unabhängige europäische Verteidigung aus. Die Präsenz der Vereinigten Staaten sei ein Garant für Stabilität. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) betonte, Deutschland wolle bis zur Sommerpause die Verträge ratifizieren, da der Beitritt sowohl zur EU als auch zur NATO für den Integrationsprozess wichtig sei. Ein geeintes Europa sei für die transatlantische Zusammenarbeit unverzichtbar. Seine Frage, ob die Tschechische Republik zur Beteiligung an den Initiativen der letzten Wochen zur Verstärkung der Zusammenarbeit bereit sei, wurde von Minister Sovoda bejaht.

III. Entwurf eines Generalberichts „Der Angriff auf den Irak – Fragen und Folgen für die Allianz“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Berichterstatter **Koenders** umriss seinen Generalbericht.

In der folgenden Diskussion appellierte Abg. **George** (Großbritannien) an die Versammlung, zur Beseitigung des Konflikts beizutragen und Gräben wieder zu schließen. Es habe schon viele Konflikte gegeben, anlässlich derer der Untergang des Bündnisses prophezeit worden sei, zu Unrecht wie man sehe. Man brauche eine „road map“ für die Neuordnung. In der weiteren Diskussion wurde von türkischer Seite erklärt, man sei gegen eine Veränderung der Entscheidungsprozesse in der NATO. Das Bündnis sollte in Ergänzung zu den Vereinten Nationen handeln. Ein norwegischer Abgeordneter kritisierte, dass zu der wichtigen Frage der Terrorismusbekämpfung in der Allianz eine gemeinsame Ursachenanalyse und eine gemeinsame Strategie fehle. Unterdrückungsregime seien für die Entstehung von Terrorismus mitverantwortlich. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) bezeichnete als Priorität im Rahmen der Handlungsfelder die Rolle der Allianz in Afghanistan. Dort hätte sich die Lage sogar verschärft, da sich die Kontrolle fast ausschließlich auf den Bereich Kabul beziehe. Zentral sei die sicherheitspolitische Durchhaltefähigkeit. Bislang sei die NATO eine Wertegemeinschaft gewesen, die vorhandenen Brüche müssten geheilt werden. Er stellte die Frage, wie man mit den Staatskriminellen im Irak umgehen solle, ob beispielsweise der Internationale Strafgerichtshof zuständig sei. Auf diese Frage schlug Berichterstatter **Koenders** (Niederlande) vor, ein Sondergericht einzusetzen.

IV. Vortrag von Karsten D. Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, zum Thema „Nach dem Krieg im Irak: Lehren für die NATO und die transatlantische Partnerschaft“

Karsten D. Voigt verwies auf die nach Ende des Kalten Krieges veränderten Bedrohungen, vor allem durch den Terrorismus. Das Bündnis stehe hier vor neuen Aufgaben, die z. B. durch marode staatliche Strukturen, Infektionskrankheiten, wirtschaftliche Instabilität und Regionalkonflikte entstünden. Alle Herausforderungen und Krisen

könnten nur von Europa und den USA gemeinsam gelöst werden. Die USA könnten die militärischen Anforderungen abdecken, zu bedenken seien jedoch auch die wirtschaftlichen Fragen. Auch in den Vereinigten Staaten bestehe das Interesse, Partner zu finden. Wenn die transatlantischen Partner sich voneinander fortentwickelten, sei die Stabilität gefährdet. Transatlantische Partnerschaft sei mehr als ein Bündnis, nämlich eine Sicherheitsgemeinschaft mit einer starken Interdependenz und eine Wertegemeinschaft. Wo die Bedrohung definiert sei, gebe es Probleme, Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung umzusetzen. Seit 1989 habe es Einsätze auf dem Balkan, in Osteuropa, zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Afghanistan gegeben. Die Herausforderungen der Zukunft seien vielschichtig. Wenn gemeinsames Handeln nicht möglich sei, werde die NATO darunter leiden. Karsten D. Voigt begrüßte die künftige Rolle der NATO in Afghanistan und im Irak. Die in Prag benannten Aufgaben müssten erfüllt werden. Die Bedrohungen seien insgesamt diffuser geworden. Niemand glaube, dass militärische Interventionen die einzige Antwort sein können. Konsens sei oft nur schwer zu erreichen und setze Kompromissbereitschaft voraus. Er stellte die Frage, wie Europa auf die Vereinigten Staaten Einfluss nehmen könne. Nach seiner Auffassung sei dies beim Irak nur bezüglich des Verfahrens, nicht aber in der Substanz gelungen. Die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten hätten sich nach dem Ende des Kalten Krieges ergeben. Man brauche auch eine Debatte in den Vereinigten Staaten, inwieweit diese kompromissfähig und diskussionsbereit mit den Partnern seien. Er unterstrich, es gehe in den Diskussionen nicht darum, Europa als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu etablieren, sondern die Bedeutung und den Einfluss der europäischen Verbündeten gegenüber den Vereinigten Staaten zu stärken.

V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Transatlantische Beziehungen „Transatlantische Sicherheitswahrnehmungen und der Beitrag Europas zur Allianz“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)

Den Ausschusskollegen erläuterte Abg. **Dr. Karl A. Lamers** seinen Bericht.

VI. Vortrag von William Drozdiak, Executive Director, Transatlantisches Zentrum Brüssel – Deutscher Marshallfonds der Vereinigten Staaten, zum Thema „Transatlantische Wahrnehmungen und Fehleinschätzungen“

William Drozdiak erläuterte in seinem Vortrag zu den transatlantischen Beziehungen, das Institut untersuche die öffentliche Meinung. Bei 6 000 ausgewählten Antworten habe sich herausgestellt, trotz Widersprüchen sei das Gefühl von Gemeinsamkeit in der Allianz sehr gut. Man empfinde sich auch als Wertegemeinschaft. Der transatlantische Handel habe erheblich zugenommen; europäische Investitionen machten drei Viertel der ausländischen Investitionen in den Vereinigten Staaten aus. Spannungen im transatlantischen Verhältnis würden zwar wahrgenommen, aber nicht als unüberwindbar eingeschränkt. Mehr als 50 % der Befragten hätten sich für eine Unterstützung Israels ausgesprochen.

VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Mittel- und Osteuropa „Die Partnerschaften der Allianz: Projizieren von Stabilität über die mittel- und osteuropäischen Grenzen der NATO hinaus“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Marco Minniti (Italien)

Abg. **Minniti** (Italien) erläuterte seinen Bericht, den die Ausschussmitglieder ohne Aussprache zur Kenntnis nahmen.

Ständiger Ausschuss

Der Ständige Ausschuss tagte am Dienstag, dem 27. Mai 2003, von 09.30 bis 12.30 Uhr, unter dem Vorsitz von **Doug Bereuter** (Vereinigte Staaten).

Der Ausschuss befasste sich ausführlich mit dem **Bericht des Generalsekretärs** zu den Aktivitäten der Versammlung im abgelaufenen Jahr und den **Aktivitäten** im Jahr 2003. Die **Gruppe Südosteuropa** wird 2003 in Málaga, im Jahr 2004 in Marokko und gegebenenfalls ein zweites Mal in Jerusalem tagen. Zu dem Punkt **Beziehungen mit dem Kaukasus** berichtete Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) von einer Reise nach Georgien. Ein Rose-Roth-Seminar in Aserbaidschan sei geplant; im Oktober werden der Politische Ausschuss und die Monitoring-Gruppe eine Sitzung in der Ukraine abhalten. Eingehend auf den Vorschlag zur Namensänderung der Gruppe bzw. **Schaffung einer Schwarzmeergruppe** sprach sich Abg. **Meckel** derzeit gegen die Schaffung neuer Institutionen aus. Über die Namensänderung müsste noch ausführlich diskutiert werden. Er schlug vor, bei der Herbsttagung eine Resolution zum Thema „Tschetschenien“ einzubringen. Unter dem Stichwort **Beziehungen zu Russland** wurde vom Abg. **Estrella** (Spanien) beklagt, dass die Beziehungen sich stark verhärtet hätten. Er schlug vor, u. a. Russland in den Rat der 20 einzubeziehen. Die **Beziehungen zur Ukraine** seien nicht beschränkt auf den gemeinsamen Ausschuss. Hier sollten auch weitere Mitglieder aus Zentral- und Osteuropa teilnehmen können. Abg. **Meckel** sprach sich dafür aus, wie im Bericht vorgeschlagen, weiterzuarbeiten.

Ferner beschäftigte sich der Ständige Ausschuss mit **Regelungen zu Änderungsanträgen**. Schriftliche Änderungsanträge müssen demnach von fünf Mitgliedsdelegationen oder assoziierten Delegationen unterstützt werden oder vom Delegationsleiter eines Mitgliedslandes oder assoziierten Staates eingebracht werden. Bei mündlichen Änderungen wurde folgende Verfahrensweise beschlossen: Der Präsident oder amtierende Vizepräsident entscheidet über die Zulässigkeit mündlicher Änderungsanträge nach Rücksprache mit dem Berichterstatter.

Zum Thema **Vertretung der einzelnen Mitgliedstaaten in der Versammlung** durch Delegierte soll abgewartet werden, bis die neuen Mitglieder in der NATO aufgenommen sind und dort ein Schlüssel festgelegt worden ist. Zurzeit wird in der Versammlung keine Änderung der Repräsentation der Delegationen diskutiert.

Treffen des Parlamentarischen Ständigen Ausschusses NATO-Russland

Das zweite Treffen des Parlamentarischen Ständigen Ausschusses NATO-Russland fand am 24. Mai 2003 in Prag statt und wurde vom stellvertretenden Präsidenten der NATO PV, **Rafael Estrella**, eröffnet. Dieser verwies zu Be-

ginn seiner Ausführungen darauf, dass Ausgangspunkt für die Diskussionen die Gleichberechtigung der Vertreter der 20 Parlamente sei. Dieses erst seit kurzem bestehende Gremium der Leiter der Delegationen von 20 Parlamenten bedeute eine neue Phase beim Weiterausbau der euro-atlantischen Stabilität.

Hauptdiskussionsgegenstand der Beratungen des Ausschusses waren der Irakkrieg und seine Folgen sowie die Terrorismusbekämpfung. Behandelt wurde auch das Schreiben von General **Nikolajew**, einem Mitglied der russischen Delegation in der NATO PV und Mitglied der Joint Monitoring Group der NATO-Russland Grundakte, an die Mitglieder des Ständigen Parlamentarischen NATO-Russland Ausschusses. In diesem Schreiben hatte der General ausgeführt, dass die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten im Irak durchgeführten Operationen in Verletzung der VN-Charta begangen wurden und ein schwerer politischer Fehler gewesen seien. Abg. **Sliska** (Russische Föderation) verwies darauf, dass Russland bereit sei, humanitäre Hilfe im Irak zu leisten. Wichtig sei aber auch, dass die VN-Inspektoren wieder in den Irak reisen und ihre Arbeit wieder aufnehmen könnten, um festzustellen, ob es überhaupt Massenvernichtungswaffen gegeben habe bzw. noch gebe. Die Weltmeinung sei in Bezug auf die Begründung für den Krieg geteilt gewesen. Ein derartiges einseitiges Vorgehen dürfe sich nicht wiederholen; deshalb sei auch eine Stärkung der Vereinten Nationen oberstes Gebot.

Abg. **Ozerow** (Russische Föderation) betonte, wie wichtig die Weiterführung der Arbeit der Joint Monitoring Group sei und stellte die Frage, warum sich der Ständige Ausschuss der NATO PV nicht vor Beginn des Irakkrieges mit diesem Thema in einer Sondersitzung befasst habe. Er unterstrich, dass die Einhaltung der völkerrechtlichen Regelungen unerlässlich sei und es nicht dazu kommen dürfe, dass das Faustrecht Vorrang erhalte. Gegenstand seiner Ausführungen war ferner eine Neuordnung der Prioritäten im Hinblick auf die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus und seine Bewältigung.

Abg. **Anderson** (Großbritannien) erinnerte daran, dass dem Irakkrieg drei VN-Resolutionen vorausgegangen seien, die ganz klar auf die Möglichkeit eines Krieges hingewiesen hätten. Er stellte jedoch die Frage, ob die Koalition alle ihre Ziele erreicht habe, welche Rolle ihr nach dem Kriegsende zufallen und ob das Ende des Krieges wirklich mit einer neuen irakischen Regierung erreicht sein werde. Auch Abg. **Mahon** (Großbritannien) bezeichnete die Sicherheitslage im Irak als sehr bedenklich; insbesondere die Verschlechterung der Infrastrukturen und die Möglichkeit einer Radikalisierung bestimmter Gruppen und eines militanten Klerus bereiteten ihr größte Sorgen.

In Beiträgen der Vertreter Luxemburgs, der Türkei und der Niederlande wurde unterstrichen, dass es für eine erfolgreiche Veränderung der Lage im Irak absolut notwendig sei, ein besseres Verständnis für die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen und die Erwartungen der Bevölkerung zu entwickeln. Gefordert wurde auch eine zeitliche Begrenzung der Übergangsverwaltung und eine deutliche Botschaft vonseiten der Besatzungsmächte an die gemäßigten Gruppen, aber auch an die Fundamentalisten. Abg. **Sliska** (Russische Föderation) sprach sich für friedenserhaltende Truppen der UNO oder der NATO im Irak aus. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Estrella**

(Spanien), forderte die Mitglieder auf, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen im Mittelmeerraum und für die schnellstmögliche Umsetzung der „road map“ für den Nahen Osten einzusetzen.

Abg. **Lellouche** (Frankreich) schlug vor, die Charta der Vereinten Nationen dahin gehend zu ändern, dass die Verwendung von Massenvernichtungswaffen und die gravierende Verletzung der Menschenrechte als Gründe für ein Eingreifen der Staatengemeinschaft aufgenommen werden sollten. Übereinstimmung herrschte zwischen den Ausschussmitgliedern, dass dieses Thema sowie die Terrorismusbekämpfung ausführlich in der Plenarsitzung erörtert werden sollten. Die Ausschussmitglieder vereinbarten, ihre nächste Sitzung im Rahmen der Herbsttagung im November 2003 in den USA abzuhalten.

Plenarsitzung

Ansprache von Lord Robertson of Port Ellen, Generalsekretär der NATO

Generalsekretär **Lord Robertson** bezeichnete die Mitglieder der Versammlung als „die Aktionäre der NATO“. Er begrüße die Gelegenheit, wieder vor der Versammlung eine Bestandsaufnahme der NATO zu entwerfen.

Vor einem halben Jahr habe die NATO in Prag ihre erste Gipfelkonferenz im 21. Jahrhundert abgehalten. Im wahren Sinne des Wortes sei es ein Transformationsgipfel gewesen. Prag stehe für die eindeutige Aussage, dass auf beiden Seiten des Atlantiks eine gemeinsame Auffassung vom Sicherheitsumfeld und die gleiche Entschlossenheit gelten, sich gemeinsam neuen Bedrohungen und neuen Aufgaben zu stellen.

Die NATO habe in Prag richtig gehandelt. Prag sei die theoretische Prüfung gewesen, die NATO habe sie bestanden. Gegenwärtig werde die neu definierte NATO und das gemeinsame strategische Leitbild in die Praxis umgesetzt.

Der Wandel in Prag sei getragen worden von einer gemeinsamen Beurteilung der Sicherheitslage. Die neue Zeit sei von größerer, globalisierter Instabilität gekennzeichnet. Unter den Taliban habe Afghanistan – verkürzt gesagt – die Instabilität in seine Nachbarländer, Drogen nach Europa, Terrorismus und Flüchtlinge in die ganze Welt exportiert. Andere gescheiterte Staaten stellten für alle Länder, NATO-Mitglieder wie auch die Partner, eine ähnliche Bedrohung dar.

Auch das Ausmaß dieser Bedrohungen habe zugenommen. Heute sei der Terrorismus internationaler und apokalyptischer in seinen Ausprägungen, koste mehr Menschenleben als früher. Die todbringenden Anschläge in Saudi-Arabien im Mai 2003 und danach in Marokko bewiesen, dass die Bedrohung fortbestehe. Die Nichtweiterverbreitung biologischer, chemischer und nuklearer Waffen zeichne sich bereits als neue Aufgabe in diesem Jahrhundert ab.

Zu einer wirksamen Verteidigung gehören nach Meinung des NATO-Generalsekretärs zwei Mittel als Teil einer umfassenden Reaktion auf diese neuen Bedrohungen. Zuerst würden moderne, schlagkräftige militärische Fähigkeiten benötigt. Darauf weise er seit dem Anfang seiner Amtszeit hin. Letztes Jahr hätten alle NATO-Verbündeten eindeutig erklärt, dass diese Botschaft bei ihnen angekommen sei. Auf

dem Gipfel hätten sie tatsächlich Maßnahmen vereinbart, um die Mechanismen der NATO zu verändern.

Die Operation im Irak habe gezeigt, dass in Prag die richtigen Prioritäten gesetzt worden seien: Präzisionswaffen, Überwachung am Boden, Verteidigung gegen chemische und biologische Waffen, und die Möglichkeiten, Streitkräfte schnell zu verlagern und am Einsatzort auch sofort zu versorgen. Er sei entschlossen, durch ständigen Druck auf die politischen Verantwortlichen dafür zu sorgen, dass diese ihre auf dem Prager Gipfel eingegangenen Verpflichtungen auch wirklich erfüllen. Von der Versammlung erwarte er das Gleiche.

Mit der Schaffung der Eingreiftruppe „NATO Response Force“ (NRF) komme die NATO schneller voran als erwartet. Mithilfe der NRF werde gewährleistet, dass alle NATO-Verbündeten wirksam zu größeren Einsätzen beitragen können. Für die Einheit im Bündnis sei vielleicht nichts wichtiger als die gemeinsame Bewältigung von Krisen.

Der Generalsekretär unterstützte nachdrücklich die europäischen Initiativen, die dem Leistungsvermögen insgesamt eine wichtige Dimension hinzufügen. Verbesserungen in beiden Organisationen unterstützen die so genannte Berlin-Plus-Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU.

Der zweite Schlüssel zur Bündniskohäsion sei die Entschlossenheit, die gewonnenen Fähigkeiten auch einzusetzen. Manche Kreise, vor allem in den Vereinigten Staaten, seien der Auffassung, Europa wolle keine Gewalt mehr anwenden und die USA verfügten über keinen Waffenbruder mehr in Europa. Die Tatsachen zeigten ein ganz anderes Bild. Das beste Beispiel biete Afghanistan: 95 % der in Kabul patrouillierenden internationalen Schutztruppe (ISAF) stammen aus NATO-Ländern. Ab August 2003 werde das Bündnis in eigener Regie das Kommando, die Koordination und Planung der ISAF übernehmen.

Weshalb die NATO in Afghanistan und potenziell langfristig auch im Irak gefordert sei, liege auf der Hand. Wenn es darum gehe, große, komplexe multinationale Militäreinsätze zu unterstützen oder zu führen, verfüge keine andere Organisation über vergleichbare Fähigkeiten, Erfahrungen oder Streitkräfte.

Lord Robertson sagte, er gehe davon aus, dass alle sieben Länder, die auf dem Prager NATO-Gipfel eingeladen wurden, Beitrittsgespräche aufzunehmen, auf dem nächsten Gipfeltreffen im Frühjahr 2004 dem Bündnis beitreten werden. Damit werde eine wichtige historische Etappe auf dem Weg zu einem geeinten und freien Europa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bewältigt sein. Die Tür der NATO bleibe allerdings weiterhin für die Länder offen, die bis jetzt noch nicht zum Beitritt eingeladen worden sind, und andere zukünftige Aspiranten.

Auf eine Frage von Senator **Pastusiak** (Polen) über die Auswirkung des Deutsch-Französisch-Luxemburgischen „Minigipfels“ im April 2003 antwortete **Lord Robertson**, es komme darauf an, ob dadurch die NATO gestärkt werde; dies sei momentan noch nicht erkennbar der Fall. Im Übrigen bewertete er die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO als hervorragend.

Von Abg. **Dini** (Italien) nach den langfristigen Auswirkungen der Irakkrise auf die NATO befragt, meinte der Generalsekretär, auch künftig werde keine Koalition ohne die Ex-

pertise, Strukturen und Mittel der NATO erfolgreich handeln können. Im Weiteren erwarte er für die NATO keine ernsthafte Konsequenzen aus dem Irakkrisse.

Abg. **van Eekelen** (Niederlande) fragte nach der Zusammensetzung der geplanten NATO-Reaktionskräfte. Lord Robertson antwortete, diese müssten sich aus Truppen aller NATO-Verbündeten zusammensetzen. Überhaupt müsste ein größerer Anteil der europäischen Streitkräfte für Einsätze zur Verfügung stehen. Europa halte 2,2 Mio. Soldaten unter Waffen, davon seien aber jeweils nur 2 % im Dauereinsatz fähig. Er betonte, dass auch die kleineren Staaten einen nützlichen Beitrag leisten könnten.

Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten)

Präsident **Bereuter** eröffnete die Sitzung und dankte dem Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik für seine Teilnahme an der Sitzung. Im Namen aller NATO-Parlamentarier dankte er für die herzliche Gastfreundschaft und die freundliche Aufnahme durch die Regierung der Tschechischen Republik, die Leiterin der Tschechischen Delegation, und alle Mitglieder der tschechischen Delegation. Dass das Treffen in Prag stattfindet, zeige, wie lebendig und entwicklungsfähig die NATO sei.

Ein großer Schritt in dieser Entwicklung sei vor ein paar Monaten in Prag getan worden, als sich führende Politiker des Bündnisses zu einer wegweisenden Gipfelkonferenz trafen, auf der es um die Transformation der NATO für die Aufgaben im 21. Jahrhundert gegangen sei. Die Beschlüsse der führenden NATO-Politiker auf dem Prager Gipfel seien bekannt: Aufstockung der Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses; Stärkung und Vertiefung seiner vielen Partnerschaften; schließlich die Einladung an sieben neue Mitglieder, dem Washingtoner Vertrag beizutreten.

Leider sei der Erfolg des Prager Gipfels bald von der Irakkrisse überschattet worden. Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der richtigen Vorgehensweise gegenüber dem Regime von Saddam Hussein hätten zu einer Spaltung innerhalb der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der NATO geführt. Auch gebe es ausgeprägte Meinungsverschiedenheiten innerhalb vieler Mitgliedsländer.

Präsident **Bereuter** erinnerte daran, dass er bei seiner Wahl die transatlantischen Beziehungen zu seinem Hauptthema erklärt habe. In den letzten Jahren seien allen in der Versammlung wachsende Spannungen in den transatlantischen Beziehungen und ganz erhebliche, Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen den Vereinigten Staaten und vielen NATO-Verbündeten aufgefallen. So sei der Zusammenhalt in der NATO unter Druck geraten. Im Februar sei die grundlegende Garantie der kollektiven Sicherheit im Bündnis infrage gestellt worden, als einige Verbündete Einwände erhoben, dass die NATO Schritte zur Planung für die Verteidigung der Türkei ergreife. Die Angelegenheit sei zwar schließlich beigelegt, die beantragten Schritte gebilligt worden, aber ein bitterer Nachgeschmack bleibe. Diese Schärfe habe sich glücklicherweise nicht auf die Versammlung ausgewirkt, wo dieselben Fragen viel konstruktiver und toleranter behandelt worden seien. Er befürchte, dass andere internationale Institutionen, vor allem die Vereinten

Nationen und die Europäische Union, erheblich schwerer beschädigt worden seien.

Dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seit 1991 über ein Dutzend Resolutionen über den Irak nicht durchzusetzen vermochte, aber auch der Disput über die Umsetzung der Resolution 1441, hätten Zweifel an der Fähigkeit der Vereinten Nationen geweckt, eine Einhaltung ihrer Resolutionen zu erzwingen, ja sogar am Nutzen der Vereinten Nationen als einem Instrument internationaler Sicherheit. Gleichzeitig hätten in der Europäischen Union die Bemühungen um die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einen schweren Rückschlag durch die immensen Meinungsverschiedenheiten unter den EU-Mitgliedern erlitten. Es gelte jetzt, die Einheit im transatlantischen Bündnis aktiv wiederherzustellen, indem sich das „Kriegslager“ und das „Friedenslager“ als „Lager für die Demokratie“ zusammenschließen.

Zuerst müsse Einigkeit darüber erzielt werden, was heutzutage die stärkste Bedrohung unserer Sicherheit darstelle. Wenn die NATO-Länder eine gemeinsame Reaktion entwickeln wollten, müssten sie zunächst die Bedrohung erkennen, die sich aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, aus dem Terrorismus, den Terroristenstaaten und deren Verkettung ergeben.

Kein Land könne diesen Bedrohungen allein begegnen, sondern bedürfe internationaler Kooperation. Dabei müssten Europa und Nordamerika Partner sein. Auf dem Prager Gipfel habe sich das Bündnis auf einen Wandel verständigt, der sicherstellen soll, dass bei der Reaktion auf die neuen Bedrohungen die eigene Sicherheit im Vordergrund steht.

Diese Bemühungen seien vor einem Jahr in Reykjavik gestartet worden, als die Außenminister übereinkamen, dass „die NATO im Stande sein muss, Streitkräfte einzusetzen, die schnell dorthin verlegt werden können, wo sie gebraucht werden, Einsätze über große Entfernungen und auf lange Zeit durchführen zu können und ihre Ziele zu erreichen“. Schon heute stellten die NATO-Länder 95 % dieser Truppe. Über zwanzig Länder steuerten fast 6 000 Mann für die Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei; fast die Hälfte komme aus Deutschland.

Erstmals werde in Afghanistan die NATO einen Einsatz außerhalb Europas oder Nordamerikas durchführen. Das sei ein großer Fortschritt für das Bündnis, der den Wert der Allianz zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in einer der am stärksten heimgesuchten Gegenden der Welt demonstriere. Die NATO-Eingreiftruppe (NRF) werde die Speerspitze der NATO zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität sein. Er freue sich darüber, dass sich so viele Nationen im Bündnis an der NRF beteiligen wollten, und begrüße ganz besonders die Beteiligung Frankreichs. Er fordere die Regierungen nachdrücklich auf, die wenigen noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der NRF zu lösen und mit der Aufstellung dieser Truppe fortzufahren.

Viel weniger optimistisch sei er im Hinblick auf die Fortschritte bei der Umsetzung der Prager Verpflichtungen zur Verteidigungsfähigkeit. Es scheine hier am politischen Willen zu mangeln. Die Regierungen dürften nicht nur die Verpflichtung aussprechen, die Beschaffung benötigter Ausrüstungsgegenstände zu prüfen, sondern müssten sich auch wirklich dazu verpflichten, das zu beschaffen, was ihre Streitkräfte brauchen. Ein Versagen an dieser Stelle bedeute,

ein Scheitern der NRF, wenn die Nationen nicht bereit seien, ihre Streitkräfte so auszurüsten, dass sie Einsätze des Bündnisses durchführen können.

Die neuen Fähigkeiten der europäischen NATO-Mitglieder würden auch der schnellen Reaktionsgruppe Europas zur Verfügung stehen. Im letzten halben Jahr seien die NATO und die Europäische Union mit der Ausarbeitung und Durchführung der praktischen Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen erheblich weitergekommen. Die EU sei für die Übernahme der friedenssichernden Aufgaben auf dem Balkan die naheliegende Institution, denn sie könne auch auf ihre Fähigkeiten bei der Zivilpolizei, dem Aufbau von Institutionen und beim Wiederaufbau zurückgreifen. Die endgültige Lösung der Krisen aus den 90er-Jahren werde schließlich die volle Integration dieser Region in die EU sein.

Präsident **Bereuter** würdigte die Rolle der Europäischen Union beim Kampf gegen den Terrorismus. Die gemeinsamen Anstrengungen der EU bei der energischen Verfolgung von Terroristen und Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit in der Strafverfolgung hätten die internationale Zusammenarbeit erleichtert. Bestrebungen, die Europäische Union zu einem Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten aufzubauen, dienten aber weder Europa, noch den Vereinigten Staaten; Energie dürfe nicht in diplomatischen Scharmützeln verschwendet werden. Die Probleme des Terrorismus, der Proliferation und der Terroristenstaaten belasteten die ganze Welt, die Reaktion des Bündnisses müsse deshalb international und von möglichst breiter Beteiligung getragen sein.

Zum Krieg im Irak meinte der Präsident, trotz aller früheren Meinungsverschiedenheiten sollte man sich freuen, dass ein Diktator von unglaublicher Rücksichtslosigkeit und Brutalität entmachtet worden sei. Jetzt liege im gemeinsamen Interesse, den Irak erfolgreich wiederaufzubauen und in die Völkergemeinschaft zurückzuführen. Ein freier, wohlhabender Irak sei beispielgebend für die ganze Region; es müsse alles daran gesetzt werden, dem irakischen Volk dabei zu helfen, dass es das schreckliche Erbe Saddam Husseins ein für allemal loswerde.

Die Einigkeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Aufhebung der Sanktionen und Einsetzung einer Interimsverwaltung werde es dem Irak möglich machen, an die Weltwirtschaft Anschluss zu finden und von den Erfahrungen zu profitieren, die die Völkergemeinschaft beim Wiederaufbau von Zivilgesellschaften – vom Kosovo bis nach Ost-Timor – gewonnen habe. In der NATO werde die Entscheidung, der unter polnischer Führung stehenden Division im Irak Unterstützung bei der Planung, Besetzung und Nachrichtentechnik zu gewähren, einem der neuesten Verbündeten zu einer führenden Rolle bei dieser Stabilisierung verhelfen. Die Unterstützung der NATO im Irak zusammen mit ihrer wachsenden Rolle in Afghanistan kennzeichneten die Bereitschaft der NATO, auch Einsätze außerhalb des NATO-Bereichs durchzuführen und eine entscheidende Rolle im globalen Krieg gegen den Terrorismus zu übernehmen.

Die ursprüngliche Aufgabe der NATO, die Kollektivverteidigung ihrer Mitglieder, müsse nach wie vor Hauptzweck der Organisation bleiben, wengleich mit anderem Schwer-

gewicht auf den Themen Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terroristenstaaten.

Die NATO definiere sich allerdings nicht allein durch ihre militärische Leistungsfähigkeit, die Grundlagen des Bündnisses seien gemeinsame Grundwerte und Überzeugungen. Dazu gehörten die Verpflichtung zur Demokratie, zu den Menschenrechten und zum Rechtsstaat.

Die Versammlung werde weiterhin die Aufgabe übernehmen, das gegenseitige Verständnis zu fördern, die Allianz zu konsolidieren und den Regierungen die Unterstützung und die Ratschläge der Legislative anzubieten, die die Entscheidungen dieser Regierungen untermauern müssten, wenn es darum gehe, das NATO-Bündnis umzuwandeln und weiter zu aktivieren.

Rede von Vladimir Spidla, Premierminister der Tschechischen Republik

In seiner Ansprache erklärte Premierminister **Spidla**, die Tschechische Republik werde ihre Verpflichtungen aus den „European Capabilities Commitment“ erfüllen. Schwerpunkt werde dabei die Aufstellung eines multinationalen Bataillons und Abwehrkräfte gegen Massenvernichtungswaffen sein.

Der tschechische Premier sagte, dass die Nordatlantische Allianz zweifellos bei der Stärkung von Stabilität und Sicherheit Erfolge verzeichnet hätte, indem beim Prager Gipfel sieben Länder zur Mitgliedschaft eingeladen worden seien. In letzter Zeit habe sich gezeigt, dass die Staaten sehr eng zusammenarbeiten und ihre Spezialisierungen weiter ausbauen müssen. In diesem Zusammenhang sprach der Premier über die Erfahrungen Tschechiens mit seiner Anti-ABC-Waffen-Einheit, deren Qualität einmal mehr beim Irakeinsatz unter Beweis gestellt worden sei. Tschechien verfolge daher mit Interesse die Debatte über die Entstehung einer multinationalen Spezialeinheit:

Der Minister erklärte sich dazu bereit, die tschechischen Erfahrungen, das Personal, einschließlich der Führungskräfte, zur Verfügung zu stellen, Tschechien habe großes Interesse daran, dass die neue Einheit schon mit Beginn des kommenden Jahres funktionieren könne und dass sie ab Mitte 2004 ihre volle Einsatzfähigkeit erreiche.

Premierminister **Spidla** forderte, die NATO-Allianz müsse funktionsfähig und effizient bleiben. Sie sei in der Vergangenheit erfolgreich gewesen, weil sie fest verankert gewesen sei, in Europa wie auf dem nordamerikanischen Kontinent. Tschechien begrüße die Debatten über die Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik und er – der Premierminister – sehe darin gleichzeitig eine Stärkung der NATO. Die EU solle keine neue militärische Großmacht werden und auch kein Gegengewicht zu den USA, sondern eine Ergänzung. Dennoch müsse sich die EU die für ihre Aufgaben angemessenen Fähigkeiten und Kapazitäten verschaffen. Doppelstrukturen müssten dabei unbedingt vermieden werden. Die transatlantische Partnerschaft solle auch weiterhin für Amerika und Europa die Grundlage der Beziehungen bleiben. Die transatlantischen Beziehungen seien ein Garant für den Frieden, und es dürfe nicht zugelassen werden, dass diese Partnerschaft geschwächt werde.

Plenardebatte über den Irak und das transatlantische Verhältnis

Für Großbritannien erklärte **Lord Windermere**, sein Land halte die Maßnahmen der Koalition im Irak für rechtmäßig und notwendig. Das Erbe Saddam Husseins sei nach dem Krieg anhand der Massengräber sowie anderer Zeugnisse menschlichen Leids offenkundig geworden. Die Zeit für den Wiederaufbau des Irak sei jetzt gekommen. Er sehe auf diesem Gebiet eine Rolle für die NATO. Abg. **Mahon** (Großbritannien) sprach für eine große Minderheit in ihrem Lande, die den Krieg ablehne. Nach ihrem Dafürhalten sei der Krieg völkerrechtswidrig; die Begründungen für den Krieg basierten auf Fehlinformationen.

Der deutsche Delegationsleiter, Abg. **Markus Meckel**, forderte die Rückkehr der UNO-Waffeninspektoren in den Irak. Der Terrorismus werde auch nach dem Krieg anhalten; seine Bekämpfung sei durch den Krieg nicht leichter geworden. Der Regimewechsel im Irak werfe Fragen für die Zukunft auf wie z. B. die internationale Gemeinschaft mit anderen Diktaturen verfahren solle. Der Krieg sei nicht die richtige Antwort, eine Lösung müsse im Rahmen der internationalen Institutionen gefunden werden.

Senator **Forcieri** (Italien) meinte, eine dauerhafte Befriedung der Mittelostregion werde erst dann gelingen, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt beigelegt sei.

Abg. **Koenders** (Niederlande) verwies auf den Schaden für die Allianz durch den Irakkrieg. Die NATO sei während des Krieges kaltgestellt worden. Die Versammlung müsse die Implikationen der jüngsten Geschichte analysieren und über die richtige Mischung von politischen und militärischen Instrumenten nachdenken.

Vertreter mehrerer Staaten aus Mittel- und Osteuropa äußerten sich besorgt über die Differenzen im Bündnis und beschworen die Einigkeit der Allianz.

Abg. **Ozerow** (Russische Föderation) zog einige Schlussfolgerungen aus der Krise. Er wies auf die Gefahr hin, dass das Völkerrecht durch eine neue Ära des Faustrechts abgelöst werden könnte. Der Krieg gegen den Irak sei eine eklatante Verletzung des in der VN-Charta verankerten Prinzips der staatlichen Souveränität. Wohl könne über eine Reform der VN diskutiert werden, z. B. im Bereich der Beschlussfassung im Sicherheitsrat, aber dies dürfe nicht zu Veränderungen an den Grundfesten des Völkerrechts führen.

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) betonte, das die Attraktivität der NATO für neue Mitglieder nicht nachgelassen habe.

Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) erinnerte daran, das diese Tagung von der Erfahrung regelrechter Spaltung unter den NATO-Mitgliedern in den letzten Monaten geprägt worden sei. Noch stärker sei sie aber vom Willen bestimmt, zu Gemeinsamkeit und Handlungsfähigkeit zurückzufinden. Dies bedürfe nicht nur entsprechender militärischer Fähigkeiten und Interoperabilität, sondern bei einem Bündnis von Demokratien zugleich politischer Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Hinsichtlich der politischen Überzeugungskraft sei aber während der Irakkrise et-

was geschehen, das auf den Tagungen bisher kaum angesprochen wurde. In den meisten Staaten gebe es in der Öffentlichkeit und bei den Kirchen großen Widerstand gegen einen Krieg. Im Unterschied zu ihren Regierungen seien sich die Völker Europas überaus einig. Das habe nicht an mangelnder Führungskraft der „unwilligen“ Regierungen gelegen, denn die deutsche Regierung und die sie tragenden Parteien hätten diese Führungskraft im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise und der militärischen Terrorismusbekämpfung sehr wohl unter Beweis gestellt. An Überzeugungskraft habe es vielmehr der „Koalition der Willigen“ gefehlt.

Um die politische Überzeugungskraft nach innen und außen zu stärken, bedürfe es einer Verständigung über klare gemeinsame Werte und Regeln, ausgerichtet auf die Menschenrechte und das Völkerrecht sowie über legitime gemeinsame, aber auch differierende Interessen.

In seinem ersten Beitrag als Mitglied der deutschen Delegation meinte Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland), die Versammlung habe in den vergangenen Tagen gemeinsam einen Beitrag geleistet, um die Risse zu kitten, die der Irakkrieg im Bündnis verursacht habe. Die Versammlung dürfe nicht erst auf Krisen reagieren, sondern müsse offene Fragen rechtzeitig ansprechen, um bereits das Entstehen von solchen Spannungen und Rissen zu verhindern. Er sprach zwei solcher offenen Fragen an.

Alle seien sich einig, dass die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen allerhöchste Priorität haben müsse. Diese Aufgabe stehe seines Erachtens in einem tief greifenden Zielkonflikt mit der Entscheidung der amerikanischen Regierung, Forschungsmittel für die Entwicklung von „mini nukes“ freizugeben. Ziel der Forschungsarbeiten sei es, tief in der Erde liegende und verbunkerte Anlagen zerstören zu können. Nuklearwaffen seien aber strategische Waffen mit politischer Wirkung. Die Furcht vor ihrem Gebrauch habe in der Zeit des Kalten Krieges eine stabilisierende Wirkung gehabt. Die Entwicklung solcher Waffen werde die Grenzen von Nuklearwaffen und konventionellen Waffen verwischen, wenn nicht sogar aufheben. Er halte diese Entwicklung für äußerst bedenklich und forderte eine Aussprache darüber auf der nächsten Tagung in Orlando.

Der zweite Punkt, den Abg. **Polenz** ansprach, war die Rolle der Abschreckung im Zeitalter des internationalen Terrorismus. Die Verteidigung könne nicht mehr allein auf Abschreckung beruhen, weil Terroristen oder terroristische Staaten sich möglicherweise nicht abschrecken ließen. Hier sei vorbeugendes Handeln notwendig. Er glaube, dass die Versammlung über diese Frage noch weiter und vertieft nachdenken müsse. Es gehe auch darum, das Völkerrecht in diesem Bereich weiterzuentwickeln. Die Antwort müsse auch für die anderen Staaten dieser Welt Bestand haben.

Markus Meckel, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier, Staatsminister
Stellvertretender Leiter

